



Bank  
für Sozialwirtschaft



GESCHÄFTSBERICHT 2002



BERICHT ÜBER DAS 80. GESCHÄFTSJAHR 2002 BERLIN/KÖLN



EIN KREDITINSTITUT LEBT IN HOHEM MAÙE VON VERTRAUEN. „DELCREDERE“ IM LATEINISCHEN BEDEUTET „VERTRAUEN“, EIN KREDITINSTITUT IST ALSO PER SE EIN „INSTITUT DES VERTRAUENS“. GELDGESCHÄFTE SIND VERTRAUENSGESCHÄFTE.

WIE ERWÄCHST VERTRAUEN, WIE ENTSTEHEN BEZIEHUNGEN?

SIND ES IM PRIVATEN BEREICH OFTMALS GEMEINSAME INTERESSEN ODER ÄHNLICHE NEIGUNGEN UND ZUNEIGUNGEN, SO ENTWICKELT SICH VERTRAUEN IM GESCHÄFTLICHEN BEREICH DURCH PERSÖNLICHE KONTAKTE, DIE IM LAUFE DER ZEIT INTENSIVIERT WERDEN. ERFAHRUNGEN, DIE GEMEINSAM GETEILT WERDEN, ERINNERUNGEN ODER GEMEINSAME ZIELE KÖNNEN EBENSO GRUNDLAGE VON VERTRAUEN SEIN WIE FUNDIERTE PERSÖNLICHE EINSCHÄTZUNGEN.

EIN KREDITINSTITUT LEBT IN HOHEM MAÙE DAVON, MIT SEINEN KUNDEN IN VERBINDUNG ZU SEIN UND ZU BLEIBEN. KUNDENBINDUNG WIRD DIES SPRACHMODERN GENANNT. MODERNE MARKETINGINSTRUMENTE BIETEN EINE GANZE REIHE AUSGEFEILTER METHODEN, DEREN ZIEL ES IST, DIE BINDUNG ZUM KUNDEN ZU FESTIGEN.

ALS FACHBANK DES GESUNDHEITS- UND SOZIALWESENS SIND WIR STOLZ DARAUFG, ZU UNSEREN KUNDEN OFTMALS JAHRZEHNTELANGE KONTAKTE ZU HABEN, KONTAKTE, DIE SICH ZU FREUNDSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSEN ENTWICKELT HABEN, DIE WIEDERUM GEPRÄGT SIND VON GEMEINSAMEN ERFAHRUNGEN.

WIR MÖCHTEN MIT UNSEREN KUNDEN UND GESCHÄFTSPARTNERN IN VERBINDUNG BLEIBEN, IN VERBINDUNGEN, DIE ÜBER DAS REIN GESCHÄFTLICHE HINAUSGEHEN. VIELLEICHT IST ES DIE ART UND WEISE DES UMGANGS, DIE UNS UNTERSCHIEDET VON ANDEREN BANKEN, VIELLEICHT IST ES ABER AUCH DIE INTENSITÄT UND FESTIGKEIT DER VERBINDUNGEN.

IN VERBINDUNG SEIN UND BLEIBEN IST AUCH DAS GESTALTERISCHE MOTTO DIESES GESCHÄFTSBERICHTES. DIE ILLUSTRATIONEN DIESES BERICHTES SOLLEN VERBINDENDE UND FESTIGENDE ELEMENTE VER-SINNBILDLICHEN.



# INHALT

<b>06</b>	AUFSICHTSRAT 2002
<b>07</b>	ORGANE
<b>10</b>	ZENTRALBEIRAT 2002
<b>12</b>	BERICHT DES VORSTANDES
13	WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN
21	ENTWICKLUNGEN IN DER SOZIALWIRTSCHAFT
26	LAGEBERICHT 2002
39	LIQUIDITÄT
39	GRUNDSÄTZE
40	BFS AUF EINEN BLICK
42	ENTWICKLUNG DER TOCHTERGESELLSCHAFTEN
47	INTERN
<b>51</b>	BERICHT DES AUFSICHTSRATES
<b>53</b>	JAHRESABSCHLUSS
55	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
56	ANHANG 2002
<b>73</b>	GESCHÄFTSSTELLEN UND REPRÄSENTANZEN

## 6 AUFSICHTSRAT

RÜDIGER SCHMIDTCHEN, VORSITZENDER, Stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes e. V., Gesamtverband, Frankfurt

DR. ROBERT BATKIEWICZ, STV. VORSITZENDER, Finanzdirektor des Deutschen Caritasverbandes e. V., Freiburg

DR. WOLFGANG TESKE, Vizepräsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Stuttgart

JOSEF SCHMITZ-ELSEN, Generalsekretär a. D. des Deutschen Caritasverbandes e. V., Freiburg

RAINER BRÜCKERS, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V., Bonn

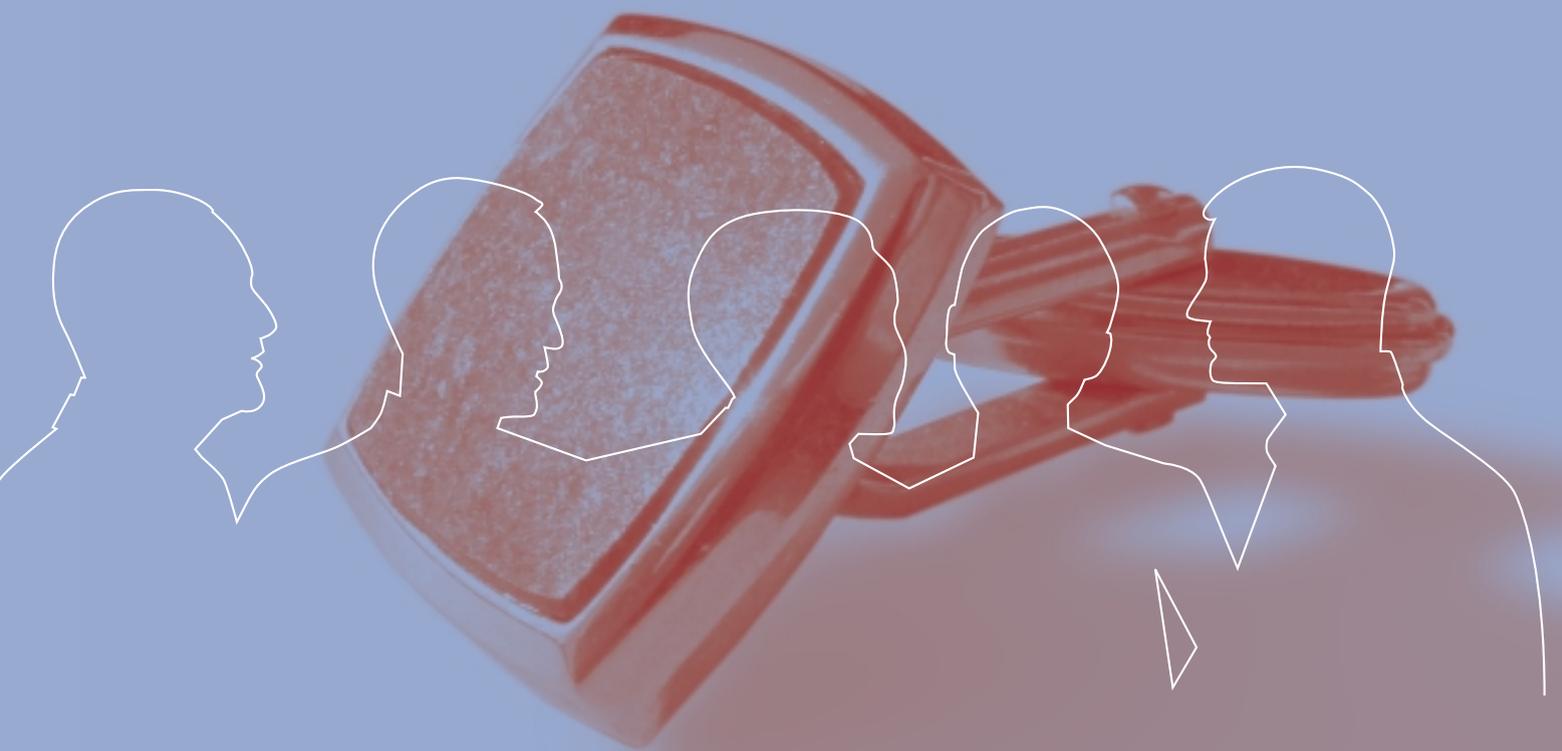
JÜRGEN GOHDE, Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Stuttgart

JOHANN WILHELM RÖMER, Generalsekretär a. D. des Deutschen Roten Kreuzes e. V., Bonn

DR. ERNST THIEMANN, Bankkaufmann i. R., München

MICHAEL WARMAN, Stv. Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Frankfurt





## Vorstand

PROF. DR. DR. RUDOLF HAMMERSCHMIDT, Vorsitzender, Köln

DIETMAR KRÜGER, Köln

NANDO E. SAWALL, Köln (seit 1.10.2002)

## Generalbevollmächtigte

JÜRGEN MEURER, Köln

NANDO E. SAWALL, Köln (bis 30.09.2002)

GÜNTER SCHÜMMER, Köln

## Prokuristen und Abteilungsdirektoren

BERND BAUER, Direktor IT, Köln

HARTMUT BIERING, Direktor Kreditwesen, Köln

HEINZ EBERHARDT, Direktor Revision, Köln

THOMAS KAHLEIS, Direktor Unternehmenskommunikation (seit 1.01.2003)

DR. DR. LOTHAR KOLBE, Direktor Justitiariat, Köln

WOLFGANG ROßMAR, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln

WIEGAND RUNGE, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

## Geschäftsstellenleiter

ANDREAS BELZNER, Leiter der Geschäftsstelle Karlsruhe

LUTZ BRÜNKMANN, Direktor der Geschäftsstelle München

ULF HARTMANN, Leiter der Geschäftsstelle Mainz

NORBERT KÜSGEN, Direktor der Geschäftsstelle Köln

OLIVER LUCKNER, Leiter der Geschäftsstelle Hannover

ENRICO MEIER, Leiter der Geschäftsstelle Magdeburg

MATTHIAS NINKE, Direktor der Geschäftsstelle Berlin

STEPHAN SPERLING, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig

VOLKER SITTE, Leiter der Geschäftsstelle Dresden

ALFRED VESPER, Direktor der Geschäftsstelle Essen

## 10 ZENTRALBEIRAT

WOLFGANG ALTENBERND, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt des Bezirks Westliches Westfalen e. V.

DR. ANDREAS VON BLOCK-SCHLESIER, Generalbevollmächtigter der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.,  
Europäische Union Brüssel

WALTER BOCKEMÜHL, Vorsitzender des Vorstandes der AOK Rheinland-Pfalz

GEORG FREIHERR VON BOESELAGER, Finanzdirektor der Diözese Limburg

PROF. DR. HANS-JOACHIM BRAUNS, Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,  
Landesverband Berlin e. V.

DIETMAR BÜHLER, Verwaltungsdirektor des Deutschen Caritasverbandes e. V.

KLAUS DÖRRIE, Hauptgeschäftsführer i. R. des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband e. V.

TILO ERFURTH, Sprecher des Bundesvorstandes der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. (bis 30.04.2002), Inter Safe Technik GmbH

GÜNTER FAMULLA, Vorsitzender des Vorstandes des Paritätischen Niedersachsen e. V.

FRANZ-HEINRICH FISCHLER, Direktor des Diözesancaritasverbandes für das Erzbistum Berlin e. V.

DR. ALBERT HAUSER, Vorstand des Caritasverbandes für die Erzdiözese München und Freising

CHRISTIAN KLOSE, Landesverbandsdirektor des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bayern e. V.  
(bis 31.08.2002), Geschäftsführer des „Geistlichen Zentrums“ Schwanberg

DR. HEINZ KÖHLER, Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes

PROF. DR. FRANZ PETER LANG, Vorsitzender des Vorstandes der Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord eG

BERND MOLZBERGER, Geschäftsführer der Maria Hilf Kranken- und Pflegeanstalt GmbH  
WILHELM MÜLLER, Geschäftsführer des ASB-Bundesverbandes e. V.  
JENS NIELSEN, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied, Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat  
HANS-PETER NIEMEIER, Geschäftsbereichsleiter Wirtschaft und Finanzen, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.  
BERND SCHEWELING, Vorstand der Curanum Holding AG  
ELFI SCHO-ANTWERPES, Kreisgruppenvorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Kreisgruppe Köln e. V.  
PAUL WERNER SCHÖNDORF, Finanzdirektor des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg e. V.  
PETER SCHÖNE, Geschäftsführer der DRK Krankenhaus GmbH Rheinland-Pfalz, DRK Krankenhaus GmbH Saarland  
BERTHOLD SIMONS, Kaufmännischer Direktor der DRK Krankenhaus GmbH, Gemeinnützige Krankenhaus GmbH, Berlin  
GERD SPIECKER, Finanzdirektor des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.  
PFARRER ECKHARD STEINHAEUSER, Direktor i. R. im Diakonischen Werk von Berlin-Brandenburg e. V.  
HANS-GÜNTHER STROTHOTTE, Landesgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,  
Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.  
REINHOLD VOHT, Landesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Berlin e. V.  
DR. HANS WENDTNER, Leiter des Verbandes der Diözesen Deutschlands  
PROF. DR. MANFRED WILLMS, Bundesschatzmeister des Deutschen Roten Kreuzes, Generalsekretariat  
DIETER WITTENBRINK, Geschäftsführer der Zentralverwaltung der Häuser vom Guten Hirten

## 12 BERICHT DES VORSTANDES



VORSTAND DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG

PROF. DR. DR. RUDOLF HAMMERSCHMIDT   DIETMAR KRÜGER   NANDO E. SAWALL  
VORSITZENDER



Auch die Bauinvestitionen sanken im Berichtsjahr erneut. Im Vergleich zum Vorjahr war der Rückgang mit 5,9 % nur wenig geringer als in 2001. Die negative Entwicklung verstärkte sich im Verlauf des Jahres deutlich, vor allem im Bereich der Nichtwohnbauten, von denen zu Jahresbeginn noch Zeichen der Stabilisierung ausgegangen waren. In den neuen Bundesländern ließen hohe Leerstandsquoten die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau drastisch einbrechen. Im früheren Bundesgebiet war es vor allem die schwache Konjunktur, die eine Abnahme der Wohnungsbauinvestitionen bewirkte. Überkapazitäten bei Büro- und Lagergebäuden belasteten das Baugewerbe im gesamten Bundesgebiet. Der strukturelle Anpassungsprozess in der deutschen Bauwirtschaft wird in diesem Jahr noch nicht zu einem Ende kommen.

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im vergangenen Jahr trotz des unterstellten Teuro-Effekts im Durchschnitt nur um 1,4 % gestiegen. Damit war die Inflationsrate im ersten Jahr des Euro-Bargeldes so niedrig wie seit 1999 nicht mehr.

Auf dem Arbeitsmarkt setzten sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit und der Anstieg der Arbeitslosigkeit fort. Die Zahl der Erwerbstätigen ging auf rund 38,7 Millionen Personen und damit in etwa auf das Niveau des Jahres 2000 zurück. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen erhöhte sich im Jahresdurchschnitt wieder auf mehr als vier Millionen. Die Arbeitslosenquote stieg im Jahresdurchschnitt um 0,4 Prozentpunkte auf 9,8 Prozent.

Die Lage des Staatshaushaltes verschlechterte sich angesichts hoher Steuerausfälle deutlich. Nach 2,8 % im Jahr 2001 stieg die Defizitquote auf 3,6 % an. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit erreichte auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften und im System der Sozialversicherungen eine Höhe von rund EUR 77 Mrd.

#### Konjunkturgeprägte Geldpolitik

Die Geldpolitik stand im Jahr 2002 vor der Schwierigkeit, den inflationären Kräften entgegen wirken und dabei gleichzeitig die konjunkturelle Erholung unterstützen zu müssen. Nachdem die Inflationsrate bereits in den beiden Vorjahren die 2-Prozent-Obergrenze für das mittelfristige Ziel der Preisstabilität der EZB überschritten hatte, ließ der Inflationsdruck auch in den ersten Monaten des Jahres 2002 kaum nach. Spürbare Preissprünge waren im Frühjahr vor allem im Bereich der Energiegüter und – nach der Euro-Bargeldeinführung – der Dienstleistungen zu verzeichnen. Aufgrund des nur langsam nachlassenden binnen-

AB MITTE 2002 WURDE IMMER DEUTLICHER, DASS SICH DER AUFSCHWUNG LANGSAMER UND SCHWÄCHER EINSTELLEN WÜRDEN ALS ERWARTET. IM HERBST MUSSTEN DIE KONJUNKTURPROGNOSEN NACH UNTEN KORRIGIERT WERDEN.

wirtschaftlichen Kostendrucks und der Erwartung einer konjunkturellen Belebung im 2. Halbjahr hob die EZB im Juni 2002 ihre Schätzung für die Verbraucherpreisinflation von zunächst 1,1 bis 2,1 Prozent auf 2,1 bis 2,5 Prozent an.

Eine geldpolitische Lockerung durch eine erneute Senkung der Leitzinsen war in der ersten Hälfte des Jahres 2002 zunächst nicht angezeigt. Denn hätte – wie fast alle Institutionen und internationalen Organisationen erwartet hatten – das Wirtschaftswachstum im Euroraum im Lauf des Jahres 2002 kräftig zugenommen, wäre die konjunkturstimulierende Wirkung einer Zinssenkung gerade dann am stärksten gewesen, wenn die Konjunktur richtig in Fahrt gekommen wäre. Ziel der Geldpolitik ist es allerdings nicht, konjunkturelle Schwankungen künstlich zu verstärken.

Ab Mitte 2002 wurde immer deutlicher, dass sich der Aufschwung langsamer und schwächer einstellen würde als erwartet. Im Herbst mussten die Konjunkturprognosen nach unten korrigiert werden. Daher zeichnete sich seit dem Spätsommer zunehmend Spielraum für eine Senkung der Leitzinsen ab. Allerdings zeigte sich die EZB damit entgegen den Erwartungen lange zögerlich. Erst am 5. Dezember 2003 senkte sie den Mindestbietungssatz um 50 Basispunkte auf 2,75 %. Aufgrund der sich weiter verdüsternden Konjunkturaussichten hielt der Effekt dieser Zinssenkung allerdings nicht lange vor: Bereits Ende des Jahres wurde am Geldmarkt mit einer weiteren Senkung um 25 Basispunkte in der ersten Hälfte des Jahres 2003 gerechnet. Dieser Erwartung trug die EZB mit ihrer Zinssenkung vom 6. März 2003 Rechnung.

#### Konjunkturparallele Zinsentwicklung

Die Kapitalmarktzinsen entwickelten sich im Jahr 2002 weitgehend parallel zu den Konjunkturerwartungen. Nachdem die Renditen im Herbst 2001 Tiefstände erreicht hatten, konnten sich die Kapitalmarktzinsen zum Jahresbeginn zunächst stabilisieren. Die durchschnittliche Umlaufrendite tendierte im Januar und Februar 2002 zwischen 4,60 % und 4,80 %. Ihren Jahreshöchststand von 5,16 % erreichte sie Ende März, als sich verbessernde Daten auf eine unerwartet rasche Erholung der Konjunktur in den USA und im Euroraum hindeuteten. Im Frühsommer verstärkten sich allerdings die Anzeichen dafür, dass die konjunkturelle Erholung später als erwartet beginnen und langsamer als erhofft ausfallen würde. Zwischen Mitte Mai und Anfang Oktober fiel die durchschnittliche Umlaufrendite um gut einen Prozentpunkt und erreichte mit 4,07 % ein Zwischentief. In den folgenden Wochen konnte sie sich stabilisieren und pendelte bis Anfang Dezember um die Marke von 4,25 %.

URSACHE FÜR DIE EURO-AUFWERTUNG WAR ÜBER DAS GESAMTE JAHR HINWEG VOR ALLEM DIE ZUSPITZUNG DES IRAK-KONFLIKTS, DER EINBRUCH AUF DEN AKTIENMÄRKTEN SOWIE DIE ZURÜCKGESCHRAUBTEN KONJUNKTURERWARTUNGEN FÜR DIE USA.

Im Frühsommer profitierten die Rentenmärkte von der Verunsicherung der Anleger nach dem Bekanntwerden von Bilanzierungsunsicherheiten verschiedener großer US-amerikanischer Unternehmen. Sowohl an den US-amerikanischen als auch an den europäischen Aktienmärkten löste dies einen erheblichen Kursrutsch aus, von dem die Anleihen als sicherer Hafen profitieren konnten. Erst nachdem für das dritte Quartal einige Gewinnmeldungen US-amerikanischer Unternehmen besser ausgefallen waren als erwartet und die Unsicherheit auf den Aktienmärkten nachgelassen hatte, wurden wieder Mittel aus dem Rentenmarkt zugunsten von Aktien abgezogen. Verstärkt wurde dies kurzfristig durch die Anerkennung der UN-Resolution durch den Irak Mitte November. Schon im Dezember allerdings führte die zunehmende Angst vor einem Irak-Krieg wieder zu steigenden Notierungen der Anleihen. Im Kriegsfall rechneten die Marktteilnehmer zum einen mit steigenden Ölpreisen, zum anderen mit einer möglicherweise länger anhaltenden Verzögerung des konjunkturellen Aufschwungs. Auch die EZB-Zinssenkung vom 5. Dezember 2002 stützte die Rentenmärkte. Die Umlaufrendite erreichte zum Jahresultimo einen Stand von 3,92 %, etwa 0,75 Prozentpunkte unter ihrem Stand vom Jahresbeginn.

#### Eurostärke oder Dollarschwäche

Zu Beginn des Jahres stand der Euro gegenüber dem US-Dollar unter Druck. Die konjunkturellen Frühindikatoren ließen eine raschere Erholung der Konjunktur in den USA als im Euroraum erwarten. Der Euro, der bei einem Kurs von rund 90 US-Cent pro Euro ins Jahr gestartet war, erreichte Ende Januar mit 85,78 US-Cent pro Euro einen Tiefstand. Anschließend bewegte er sich bis April in Werten zwischen 86 und 88 US-Cent pro Euro.

Ab Mitte April wendete sich das Blatt: Der US-Dollar geriet unter Druck. Immer deutlicher zeigte sich, dass der Aufschwung in den USA nicht in dem zuvor erwarteten schnellen Tempo stattfinden würde. Als zusätzliche Belastungsfaktoren kamen die sich zuspitzende Krise im Nahen Osten und der beginnende Kursverfall bei den Aktienwerten hinzu, der u.a. durch die zunehmende Verunsicherung der Anleger im Zuge von Bilanzunregelmäßigkeiten bei US-Unternehmen ausgelöst worden war. Bis Mitte Juli erreichte der Euro ein Sommerhoch von 1,0146 US-Dollar pro Euro.

In der zweiten Julihälfte begann eine Kurskorrektur, in deren Folge sich der Euro bis Anfang November seitwärts zwischen 97 und 99 US-Cent pro Euro bewegte. Trotz schwacher Daten aus den USA blieb ein Stimmungswechsel zugunsten des Euro auf-

grund der sich eintrübenden Konjunkturaussichten für den Euroraum aus. Zu einer Fortsetzung der Aufwärtsbewegung des Euro gegenüber dem Dollar kam es erst im Dezember. Ausschlaggebend waren zunehmende Ängste vor einem Irak-Krieg und schwache US-Konjunkturdaten. Zum Jahresende betrug der EZB-Referenzkurs des Euro 1,0487 US-Dollar pro Euro, d.h. 16 % mehr als zum Jahresbeginn. Damit befand sich der Euro auf seinem höchsten Stand seit November 1999.

Dennoch wäre es verkehrt, von einer Euro-Stärke zu sprechen. Ursache für die Euro-Aufwertung war über das gesamte Jahr hinweg vor allem die Zuspitzung des Irak-Konflikts, der Einbruch auf den Aktienmärkten sowie die zurückgeschraubten Konjunkturerwartungen für die USA. Da zum Jahresende 2002 die Konjunkturaussichten für den Euroraum deutlich schlechter als in den USA waren, ist eher von einer Dollar-Schwäche als von einer Euro-Stärke auszugehen.

#### Historische Kurseinbrüche

Für den deutschen Aktienindex war das Jahr 2002 das dritte Verlustjahr in Folge. Nachdem der Index bereits in den Jahren 2000 und 2001 um 8 bzw. um 20 % verloren hatte, musste im Jahr 2002 mit einem Verlust von 44 % die höchste Einbuße in der Geschichte des DAX verzeichnet werden.

Zum Jahresbeginn bestand noch Optimismus über die zu erwartende Aktienkursentwicklung. Nach dem 11. September 2001 hatten sich die Aktienkurse schneller als erwartet erholt. Mit 5.167,88 Punkten stand der DAX Anfang Januar 2002 bereits fast 40 % oberhalb seines Tiefststandes nach den Terroranschlägen. In den ersten beiden Monaten des Jahres kam es zu einer Konsolidierung der Kurse. Positive Konjunkturdaten aus den USA und dem Euroraum standen der Frage gegenüber, ob die Erholung an den Aktienmärkten der realwirtschaftlichen Entwicklung nicht zu sehr vorauseilte. Hinzu kamen Belastungen durch Meldungen über Bilanzunregelmäßigkeiten im Anschluss an die Pleite des Enron-Konzerns. Bis Ende Februar gab der DAX fast 10 Prozentpunkte nach.

Unter dem Einfluss positiver Konjunkturdaten setzte im März und April eine Erholung der Kurse ein. Prognosen zufolge sollte das Wirtschaftswachstum im Euroraum bis zum Ende des Jahres 2,0 % bis 2,5 % erreichen. Seinen Jahreshöchststand erreichte der DAX am 19. März 2002 mit 5.462,55 Punkten.

Bereits ab Anfang April gewannen Zweifel an dem Kursoptimismus der Börsen an Bedeutung. Von Anfang April bis Ende September erlebte der DAX einen dramatischen Kursrutsch. Zum einen ließen die Konjunkturindikatoren allenfalls noch ein minimales Wachstum im Jahr 2002 erwarten. Zum anderen wurde das Anlegervertrauen nachhaltig erschüttert, als bekannt wurde, dass mehrere US-Unternehmen, darunter das Telekommunikationsunternehmen WorldCom, ihre Finanzausweise um teilweise erhebliche Beträge korrigieren mussten. Beschleunigt wurde diese Entwicklung ab Ende August von der Zuspitzung des Irak-Konflikts. Die Anleger fürchteten einen drastischen Anstieg der Ölpreise, der der Konjunktur einen weiteren Schlag versetzen und gleichzeitig den Handlungsspielraum der EZB einengen würde. Am 9. Oktober 2002 verzeichnete der DAX mit 2.597,88 Punkten seinen Tiefststand. Der Marktwert der im DAX notierten deutschen Aktiengesellschaften hatte sich damit gegenüber dem Jahresanfang 2002 halbiert.

Zum Ende des Jahres fand bei den Aktienwerten eine Bodenbildung statt. Nachhaltige positive Impulse blieben aufgrund weiterhin trüber Konjunkturperspektiven aus. Auch die Zinssenkungen der Fed vom 6. November 2002 und der EZB vom 5. Dezember 2002 um jeweils 50 Basispunkte konnten den Aktienwerten keinen nachhaltigen Auftrieb verleihen. Zum Ende des Jahres waren die Erwartungen einer anhaltenden Wirtschaftsschwäche und die Angst vor einem Krieg zwischen den USA und dem Irak ausschlaggebend für die gedämpfte Stimmung an den Aktienmärkten. Zum Jahresende schloss der DAX mit 2.892,63 Punkten.

#### Ausblick

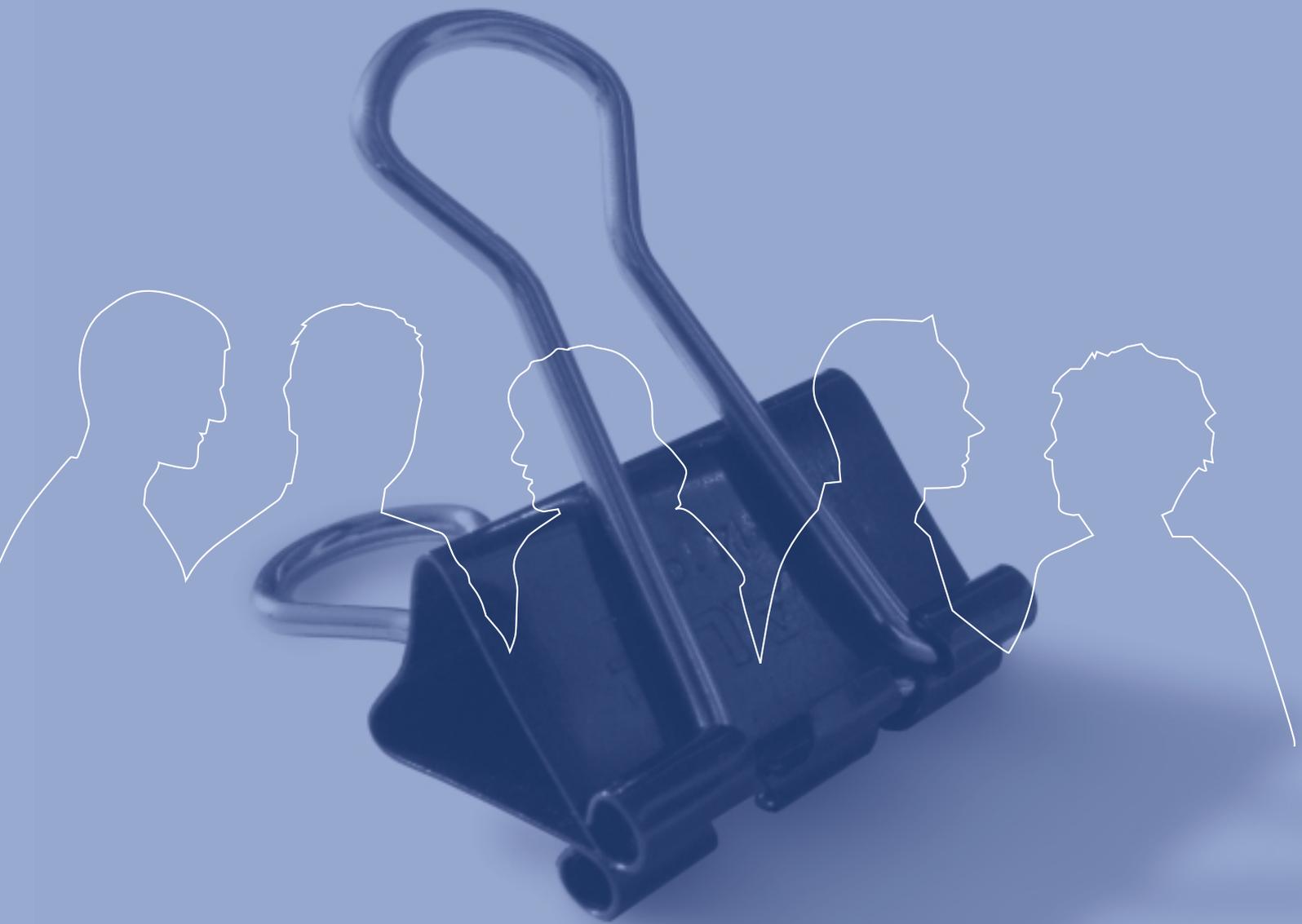
In Deutschland mehrten sich in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres die Anzeichen dafür, dass sich die Bundesrepublik in einer Rezession befindet. Wegen der Konjunkturschwäche wird es immer unwahrscheinlicher, dass für das Gesamtjahr 2003 das von der Bundesregierung angezielte Wachstum von 1,0 % erreicht wird. Das Kieler Institut für Wirtschaftsforschung (IfW) rechnet wegen steigender Ölpreise, der Irak-Krise und einer weiteren Euro-Aufwertung damit, dass die deutsche Wirtschaft 2003 nur noch um 0,4 % zulegen wird. Das Institut für Wirtschaftsförderung in Halle (IWH) senkte seine Prognose auf 0,8 %. Beide Institute sehen die Defizitquote des deutschen Staatshaushaltes in diesem Jahr mit 3,4 % deutlich über der Drei-Prozent-Hürde. Die Prognosen von IfW und IWH sind zudem Best-Case-Szenarien. Sie stehen unter dem Vorbehalt eines kurzen erfolgreichen Irak-Krieges. Bei einem langen Krieg könnte das Wachstum noch geringer ausfallen.

DIE WEITERE WELTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG WIRD WESENTLICH VON DEN FOLGEN DES IRAK-KRIEGES ABHÄNGEN. DASSELBE GILT FÜR DIE ENTWICKLUNGEN AUF DEN KAPITALMÄRKTEN.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Februar 4,706 Millionen Menschen. Das ist der höchste Stand seit fünf Jahren und der dritthöchste Stand in der Geschichte der Bundesrepublik. Der starke Anstieg zeigt, dass der Arbeitsmarkt erst jetzt die gesamte Wirtschaftsschwäche widerspiegelt. Eine Verbesserung der Arbeitslosenzahlen ist in diesem Jahr kaum noch zu erwarten. Nach einer Simulationsstudie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit könnte es bei einem für die USA ungünstigen Kriegsverlauf sogar zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen um bis zu 1,1 Millionen kommen. Selbst ein kurzer Krieg könnte 100.000 Arbeitsplätze kosten.

Die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung wird wesentlich von der Dauer, der Intensität und den Folgen des Irak-Krieges abhängen. Dasselbe gilt für die Entwicklungen auf den Kapitalmärkten. Bereits nachdem die USA ihr letztes Ultimatum an Saddam Hussein gestellt hatten, schnellte der DAX um gut 150 Punkte nach oben. Der Euro gab gegenüber dem Dollar nach, die Renten brachen ein und der Ölpreis fiel. Schon am zweiten Kriegstag zeigte sich jedoch, dass die Börsen weiterhin verunsichert bleiben. Nach Meldungen über brennende Ölfelder zogen auch die Rohölpreise wieder deutlich an.

Anders als vor zwölf Jahren, als die Börsen nach dem Einmarsch der USA in den Irak zu einer anhaltenden Aufwärtsbewegung ansetzten, wird sich nach Ansicht vieler Investmenthäuser der Blick der Investoren diesmal schnell auf den ernüchternden Ausblick für das globale Wirtschaftswachstum richten. Mit einem lang anhaltenden Aufschwung ist erst dann zu rechnen, wenn die makroökonomischen Daten wieder stimmen und sich die Unternehmensgewinne gebessert haben. Die EZB ließ kurz nach Kriegsbeginn verlauten, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich sei, die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen des Krieges auf das Euro-Währungsgebiet zu beurteilen. Die Gefahr eines in die Industrienationen getragenen Terrors wird die Unsicherheit in den Märkten halten und könnte im schlimmsten Fall das nach einem positiven Kriegsverlauf neu erblühte Geschäftsklima und Konsumentenvertrauen wieder einbrechen lassen.



## ENTWICKLUNGEN IN DER SOZIALWIRTSCHAFT

Im Berichtsjahr hat sich der Anpassungsprozess der sozialwirtschaftlichen Leistungsträger an die politisch gewollte Entwicklung zu mehr Wettbewerb und an neuartige Vergütungsregelungen<sup>1</sup> fortgesetzt. So wurde u.a. für den Krankenhausbereich die DRG-Einführung weiter vorangetrieben<sup>2</sup> und mit dem Ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt<sup>3</sup> werden jetzt auch für die arbeitsmarktpolitischen Dienstleistungen Ausschreibungsverfahren durchgeführt und von den Anbietern Leistungsbeschreibungen, Preiskalkulationen, Qualitätssicherung und Ergebniserfolg verbindlich verlangt<sup>4</sup>.

### Finanzielle und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für die Anbieter der Sozialwirtschaft verschärften sich zudem durch die Verschlechterung der Finanzlage der Kommunen und Länder. Denn die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialen Sicherungssysteme sind die wichtigsten Finanzierungsquellen für die Sozialwirtschaft.

Die Städte und Gemeinden hatten 2002 ein Haushaltsdefizit von ca. EUR 6,7 Mrd. zu verzeichnen. Für 2003 werden ca. EUR 9,9 Mrd. erwartet. In den Bundesländern ist im Jahr 2002 ein Haushaltsdefizit von EUR 30,8 Mrd. aufgelaufen. Die aktionistischen und punktuellen Kriseninterventionen sowie das Ausbleiben von grundlegenden Reformperspektiven haben die Lage noch verschärft.

Die gesetzlichen Krankenkassen mussten Ende 2002 ein Defizit von EUR 2,964 Mio. ausweisen. Die Pflegeversicherung verfügt derzeit zwar noch über ein Finanzpolster von ca. EUR 5 Mrd., aber auch hier wurde ein Defizit von EUR 380 Mio. im Jahre 2002 erwirtschaftet. Der Bundesanstalt für Arbeit hatte der Bund 2002 einen Zuschuss von EUR 5,6 Mrd. zu überweisen.

<sup>1</sup> z. B. im Bereich des BSHG <sup>2</sup> Fallpauschalengesetz, 23.4.2002 <sup>3</sup> vom 23.12.2002 <sup>4</sup> SGB III § 84 ff

IN FRÜHEREN JAHREN HABEN DIE SOZIALWIRTSCHAFTLICHEN ANBIETER DIENSTE ZUR UMSETZUNG VON PROGRAMMEN DER KOMMUNEN UND LÄNDER AUFGEBAUT. NUN WIRD DEREN FINANZIERUNG ENTWEDER GEKÜRZT ODER GANZ GEKAPPT.

Eine Umkehr der Entwicklung ist bislang nicht in Sicht. Zudem besteht bereits heute in manchen Leistungsbereichen wie im Krankenhaus- und im Pflegebereich ein hoher Investitionsstau. Zugleich steigt die Nachfrage z. B. nach Kinderbetreuung, Pflege, Versorgung Behinderter und Krankenhausbehandlung.

Die krisenhafte Entwicklung der Finanzen der öffentlichen Hand und der Sozialen Sicherungssysteme wird meist in ihren Auswirkungen auf die Staatsquote und die Lohnnebenkosten beklagt. Sie gefährdet aber auch die Finanzierung der Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur, die sowohl in Bezug auf die Bedarfsdeckung als auch – und dies wird oft vernachlässigt – auf ihre regional- und volkswirtschaftliche Bedeutung in den Blick zu nehmen ist. So hat beispielsweise das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 2002 ermittelt, dass – eine hohe Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes vorausgesetzt – die Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur für Kinder bis zu EUR 6 Mrd. mehr Einkommensteuer und EUR 8,9 Mrd. mehr zusätzliche Sozialabgaben pro Jahr erbringen würde.

Die Entwicklung der Finanzlage von Staat und Sozialen Sicherungssystemen führt dazu, dass dort, wo Leistungsansprüche bestehen, die sozialwirtschaftlichen Leistungsanbieter zu einem eindimensionalen Wettbewerb über den Preis gezwungen werden. Mit minimalen Vergütungserhöhungen oder Deckelungen<sup>1</sup> wird von Seiten der Finanzierungsträger Rationalisierungsdruck erzeugt; zudem werden bedingte Pflichtleistungen zurückgefahren und freiwillige Leistungen eingestellt.

In früheren Jahren haben die sozialwirtschaftlichen Anbieter Dienste zur Umsetzung von Programmen der Kommunen und Länder aufgebaut. Nun wird deren Finanzierung entweder gekürzt – verbunden mit der Erwartung an die Träger, den Eigenmittelanteil zu erhöhen – oder ganz gekappt. Zu nennen sind hier z. B. Wohnberatung für alte und behinderte Menschen, sozial-psychiatrische Dienste, Arbeitslosenprojekte, Schuldnerberatung, Migrationsarbeit, Jugendarbeit, Wohnheime für auszubildende Jugendliche, pädagogische Heimunterbringung jugendlicher Auszubildender sowie Hilfe und Betreuungsangebote für Behinderte.

<sup>1</sup> Beitragsatzsicherungsgesetz vom 23.12.2002

Die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte haben auch zu Veränderungen der Zuwendungspraxis geführt. So wird verstärkt die Anmietung bezuschusst<sup>1</sup> oder die Aufnahme von Kapitalmarktmitteln in höherem Maße in den Kostensätzen berücksichtigt. Festzustellen ist der Übergang von der Förderung vorgehaltener Kapazitäten (Objektförderung) zur nachgängigen Investitionsförderung über die Nutzervergütung (Subjektförderung)<sup>2</sup>. Dies verlangt von den Anbietern u.a. eine intensivere Bezugnahme auf die Kunden und die Mitanbieter; Preise und Kosten werden zu entscheidenden Wettbewerbsfaktoren und eine stärkere Angebotsdifferenzierung nach Preis und Leistungsniveau ist erforderlich.

Bislang wurde die staatliche Zuwendungsfinanzierung auch eingesetzt zur Einflussnahme auf die Versorgung durch Mengenvorgaben wie z. B. bei der Krankenhausplanung und gelegentlich auch durch Qualitätsstandards wie z. B. im Pflegebereich - wenn dies aufgrund der Finanzentwicklung mehr und mehr rationierende Effekte zeitigte. Diese „Planung“ wird nun zurückgenommen und die Entwicklung der Versorgung mehr den einzelunternehmerischen Entscheidungen und dem Wettbewerb überlassen.

Die Entwicklung der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozialwirtschaft erhöht die Markteintrittsbarrieren für neue Anbieter und gefährdet die Zukunftsfähigkeit vorhandener Anbieter, sofern sie nicht in der Lage sind, in ausreichendem Maße Eigenmittel zu erwirtschaften bzw. zu mobilisieren. Kapitalkraft wird zu einem wesentlichen Kriterium für die Marktposition und die Zukunftsfähigkeit von Anbietern in der Sozialwirtschaft.

Das Reduzieren von Zuwendungen und Vergütungen, der bestehende Investitionsstau<sup>3</sup>, der Bedarf an Investitionsmitteln zur Modernisierung, Rationalisierung und zur Steigerung der Marktattraktivität zwingen die Anbieter in der Sozialwirtschaft dazu, zukünftig mehr auf Finanz- und Kapitalmarktmittel zurückzugreifen. Die notwendige Kapitalmarktfähigkeit herzustellen wird daher eine vordringliche Aufgabe der Anbieter. Im Berichtszeitraum wurden die Voraussetzungen hierzu insbesondere im Zusammenhang mit Basel II verstärkt diskutiert.

<sup>1</sup> z. B. Bundesanstalt bei Werkstätten für Behinderte <sup>2</sup> z. B. für den Pflegebereich in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen

<sup>3</sup> z. B. im Krankenhausbereich von ca. EUR 30 Mrd.

### Europäisierung der Sozialwirtschaft

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Finanzlage in der Sozialwirtschaft lässt sich auch aufzeigen, wie im Berichtszeitraum die „Europäisierung der Sozialwirtschaft“ weiter fortgeschritten ist.

Die EU-Kommission übte verstärkt Druck auf die Mitgliedsstaaten aus, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und die Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu gewährleisten. Die deutschen Versuche, die öffentlichen Haushalte und die Sozialen Sicherungssysteme zu konsolidieren, waren wesentlich motiviert von dem Bemühen, das nationale Haushaltsdefizit entsprechend dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht über den Referenzwert von 3 % des BIP steigen zu lassen. Als sich 2002 abzeichnete, dass sich in Deutschland ein Defizit von 3,8 % anbahnte – letztlich waren es 3,6 % –, leitete die EU-Kommission ein Verfahren nach Art. 104 des EG-Vertrages ein; sie wird nun feststellen, ob die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zum Erfolg geführt haben. Es wird davon ausgegangen, dass 2003 in Deutschland mit einem Haushaltsdefizit von ca. 3,4 % des BIP zu rechnen sein wird.

Die Vorstöße der Europäischen Kommission, die Geltung des EU-Wettbewerbsrechts auszudehnen, haben sich im Jahr 2002 fortgesetzt. Besondere Schwierigkeiten bereitet nach wie vor die Frage, welche Leistungen „wirtschaftlich“ und damit wettbewerbsrechtlich relevant sind und welche als nichtwirtschaftlich, als „Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“, als „Leistungen der Daseinsvorsorge“ einzuordnen sind. Durch das für das 1. Halbjahr 2003 angekündigte „Grünbuch“ wird die Diskussion über die Marktzugehörigkeit der Sozial- und Gesundheitsdienste vertieft werden.

Der Europäische Rat von Barcelona im März 2002 und von Sevilla im Juni 2002 hat Zielsetzungen verabschiedet, die auch für die Sozialwirtschaft relevant sind: In Ergänzung zur Weiterentwicklung der europäischen Integration und zur Stärkung des europäischen Wirtschaftsraumes durch supranationale Gesetzgebung und die Zusammenarbeit auf Regierungsebene wurde im Berichtszeitraum die „Offene Methode der Koordinierung“ auf weitere Politikfelder angewendet. Ausgehend von auf europäischer Ebene formulierten Leitlinien für Politikbereiche werden nationale Aktionsprogramme entwickelt und umgesetzt, deren Maßnahmen und Wirkungsgrade dann wieder auf europäischer Ebene einem Benchmarking unterzogen werden. Die europäische Entwicklung wird so in einem gemeinsamen Lernprozess vorangetrieben.

FÜR DIE SOZIALWIRTSCHAFT IST DIE EU-ERWEITERUNG U. A. WEGEN DER OST-WEST-MIGRATION UND DER ÖFFNUNG DES MARKTES VON BEDEUTUNG. SCHON HEUTE IST DER PFLEGE- UND GESUNDHEITSEKTOR FÜR OSTEUPÄISCHE ARBEITNEHMER VON INTERESSE.

Am 12. und 13. Dezember 2002 fand in Kopenhagen der historische Europäische Rat zur EU-Erweiterung statt. Im Rahmen dieser Konferenz wurden die Beitrittsverhandlungen mit den zehn Beitrittsländern Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern vollendet. Diese Staaten sollen zum 1. Mai 2004 als Mitglieder der EU aufgenommen werden.

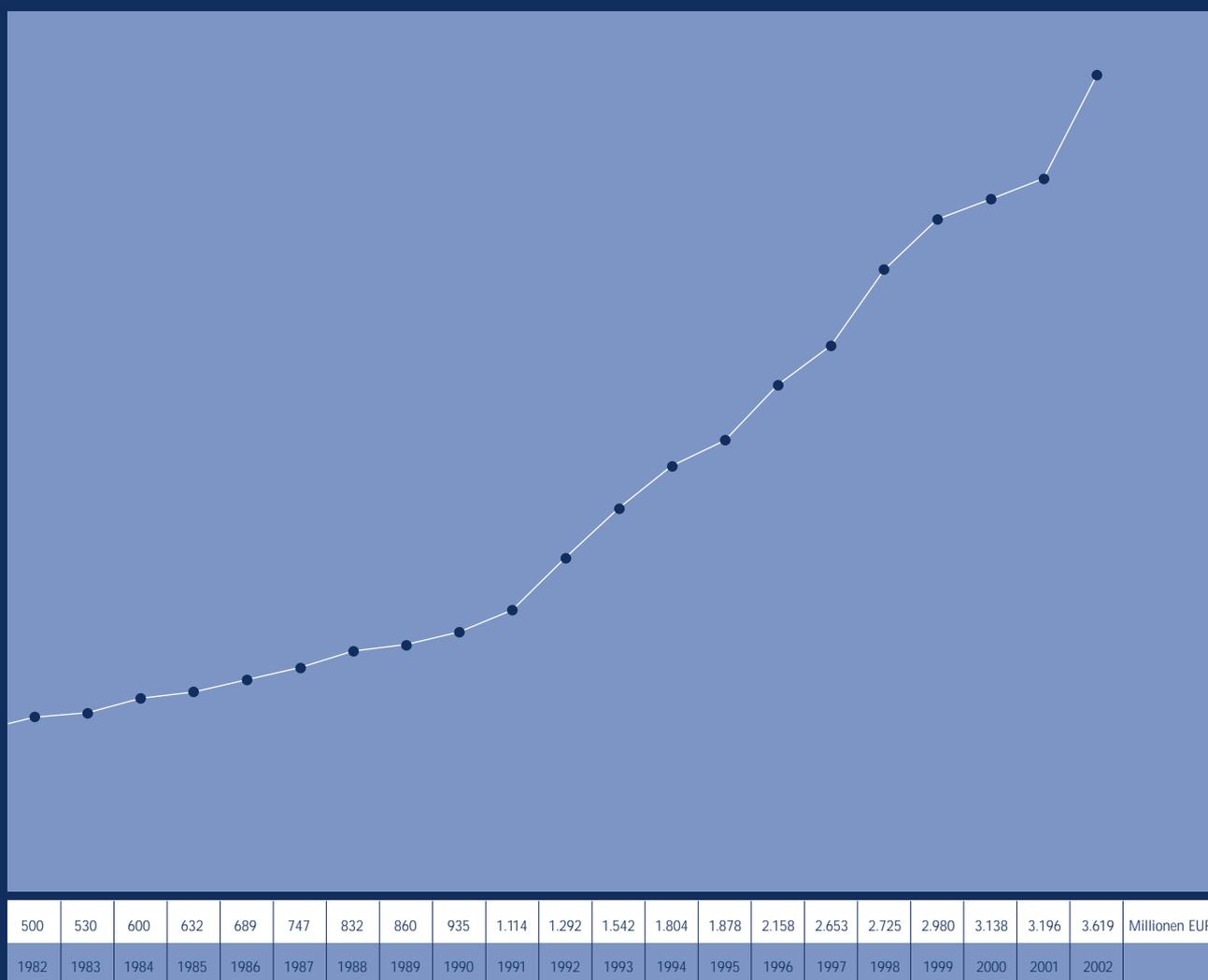
Für die Sozialwirtschaft ist die EU-Erweiterung u. a. wegen der Ost-West-Migration und der Öffnung des Marktes von Bedeutung. Schon heute ist der Pflege- und Gesundheitssektor für osteuropäische Arbeitnehmer von Interesse. Bereits spürbar ist die Konkurrenz von mittel- und osteuropäischen Pflege- und Hilfskräften. Die traditionellen Anbieter haben zu prüfen, wie sie die neuen Entwicklungen selbst nutzen und wie sie den eventuell auftretenden privaten mittel- und osteuropäische Pflegeunternehmen begegnen können. Es ist wahrscheinlich, dass qualifiziertes Personal aus den neuen, ärmeren Ländern abgezogen wird, anstatt adäquate Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in Deutschland zu schaffen. Zudem kann ein Druck zur Absenkung der Qualifikations- und Versorgungsstandards entstehen.

Der Europäische Rat von Laeken hat im Dezember 2001 einen Konvent zur Zukunft der Europäischen Union einberufen. Seit dem 28. Februar 2002 befasst er sich mit der Verbesserung der Verteilung und Abgrenzung der Zuständigkeiten in der EU, der Vereinfachung der Instrumente der EU, der Steigerung von Demokratie, Transparenz und Effizienz in der EU, und er entwickelt die Grundlagen für eine EU-Verfassung. Durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Soziales“ wurde der wachsenden Gewichtung von sozialen Angelegenheiten in der Zuständigkeit der EU Rechnung getragen. Bis Juni 2003 – so sieht es der ursprüngliche Zeitplan vor – soll der Verfassungsentwurf vollständig vorliegen.



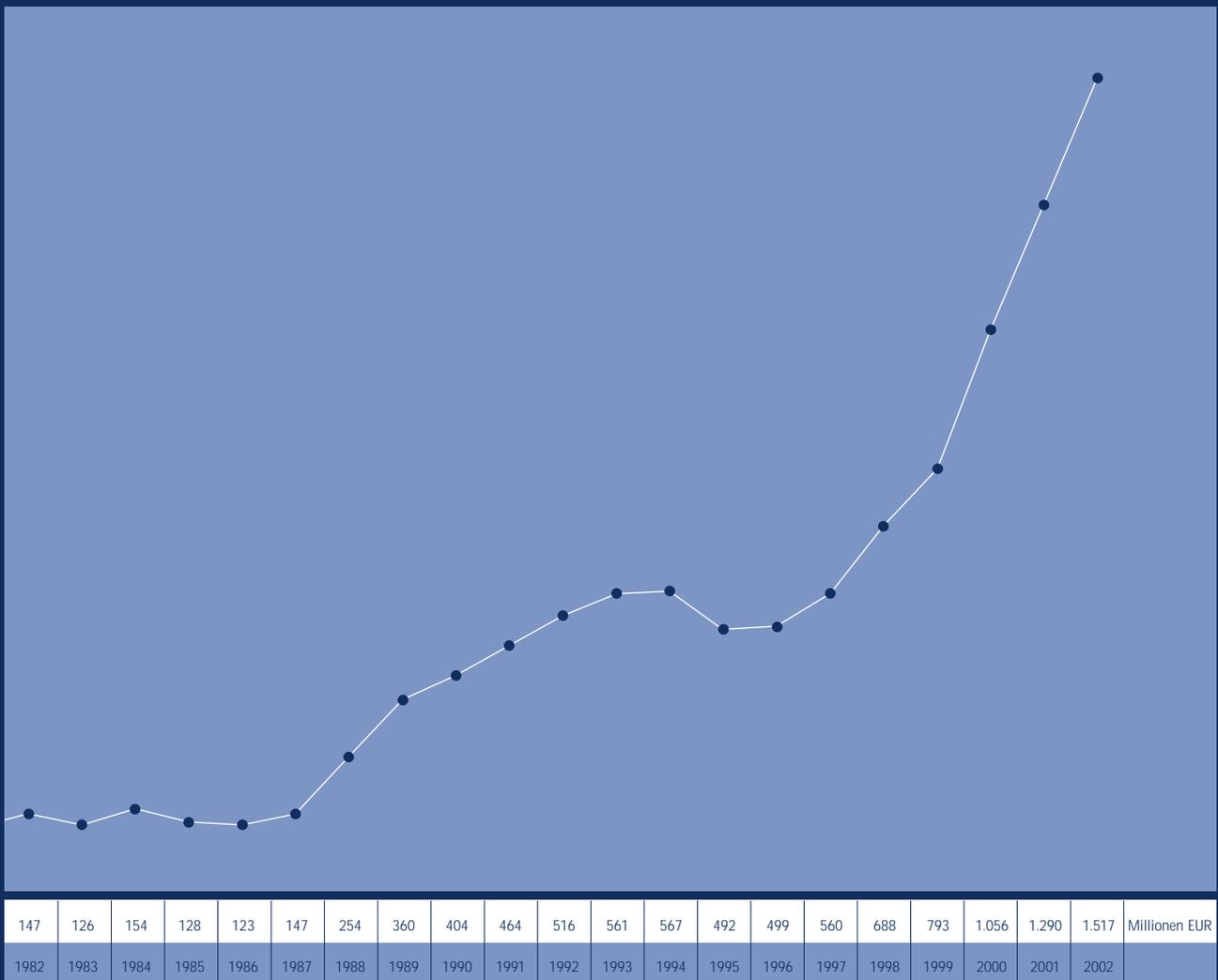
# +13,2%

DIE BILANZSUMME WURDE AUF EUR 3,619 MRD. GESTEIGERT



# +17,6%

DIE FORDERUNGEN AN KUNDEN STIEGEN AUF EUR 1.517 MIO.



## Aktivgeschäft

Wie bereits in den Vorjahren war auch 2002 vor allem das Kundenkreditgeschäft von einem starken Wachstum gekennzeichnet. Die **Forderungen an Kunden** stiegen um 17,6 % auf EUR 1.517,4 Mio. Hier spiegelt sich erneut die steigende Kreditnachfrage sozialwirtschaftlicher Einrichtungen vor allem nach langfristigen Krediten wider, die unter anderem durch den Rückzug der öffentlichen Hand, z. B. aus der Investitionsfinanzierung, sowie durch das generelle Branchenwachstum bedingt ist.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** dagegen wurden um 38,6 % auf EUR 244,7 Mio. abgebaut.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag lag mit EUR 1.557,5 Mio. um EUR 264,5 Mio. höher als im Vorjahr.

Die **Treuhandkredite** blieben mit einem Volumen von EUR 170 Mio. auf Vorjahresniveau. Veränderungen sind hier nicht zu erwarten gewesen, denn der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der BFS treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Wert für **Immaterielle Anlagewerte** verringerte sich im Geschäftsjahr durch Abschreibungen um 52,9 % auf TEUR 317. Der Wert der **Sachanlagen** reduzierte sich um 2,4 % auf TEUR 31.294. Dies ist vor allem auf planmäßige Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude zurückzuführen.

Die Steigerung bei den **Sonstigen Vermögensgegenständen** um TEUR 45.053 auf TEUR 53.552 ist vor allem dadurch bedingt, dass zum Jahreswechsel Wertpapiere in Höhe von EUR 51,8 Mio. fällig wurden.

### Passivgeschäft

Wie bereits in den Vorjahren wurden auch im Berichtsjahr die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** weiter aufgestockt. Sie erhöhten sich um 11,3 % auf EUR 1.142,9 Mio. Die Erhöhung fand ausschließlich im Bereich der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist statt, während die täglich fälligen Verbindlichkeiten mehr als halbiert wurden. Diese Entwicklung ist erneut auf das Wachstum im langfristigen Kreditgeschäft zurückzuführen, zu dem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere KfW und DtA, eine fristenkongruente Refinanzierung darstellen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen um EUR 312 Mio. auf EUR 2.063,9 Mio. Aufgrund der unverändert hohen Liquiditätsbedürfnisse der Kunden lagen die größten Steigerungen hier im Bereich der täglich fälligen Einlagen (+ 16,1 % auf EUR 990,9 Mio.) und der Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (+ 22,5 % auf EUR 978,2 Mio.). Unter anderem bedingt durch die Zinsstruktur in 2002 gingen die Spareinlagen um 5,3 % auf EUR 94,9 Mio. zurück.

Die **Anlagen in Verbrieften Verbindlichkeiten** verzeichneten im Vorjahresvergleich einen Rückgang um EUR 11,6 Mio. auf EUR 102,5 Mio. Er ist durch Fälligkeiten von Schuldverschreibungen bedingt.

Die **Sonderposten mit Rücklageanteil** sind um TEUR 575 auf TEUR 575 gesunken. Diese Position wurde im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1999 gebildet und wird über fünf Jahre aufgelöst. Für das Jahr 2002 ist die planmäßige Reduzierung um TEUR 575 zu verzeichnen.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** sanken um 7,6 % auf EUR 32,9 Mio. Dies ist durch die Fälligkeit von nachrangigen Verbindlichkeiten begründet, die als Ergänzungskapital nicht mehr anerkannt werden und nicht ersetzt wurden.

### Haftendes Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage blieben im Berichtsjahr unverändert. Die Gewinnrücklage wurde um TEUR 920 auf TEUR 3.639 aufgestockt, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2001 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt damit EUR 68,6 Mio.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserven zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

### Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt.

Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu TEUR 3.675 verbunden (bis zum Achtfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 %) berechneten Garantiefondsbeiträge).

### Ertragslage

Der Zinsüberschuss konnte im Vergleich zum Vorjahr um 41,2 % auf TEUR 44.578,3 gesteigert werden.

Das Provisionsergebnis ist mit TEUR 3.854,5 trotz der ungünstigen Lage am Geld- und Kapitalmarkt nahezu konstant geblieben.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen im Berichtsjahr um TEUR 147 auf TEUR 2.447,4 zurück. Dies ist vor allem auf den Wegfall von außerordentlichen Erträgen zurückzuführen, die in 2001 erzielt worden waren.

Die Betriebsaufwendungen sind um 6,7 % auf TEUR 25.863,9 gestiegen. Während die Erhöhung der Personalkosten um TEUR 1.074 in erster Linie durch die tarifliche Steigerung von Löhnen und Gehältern sowie durch Neueinstellungen von Mitarbeitern bedingt war, entfiel die Steigerung der Sachkosten um TEUR 559 vor allem auf Sonderaufwand, der aufgrund verschiedener Projekte entstand. Im Vergleich zum Vorjahr erheblich gesunken (um TEUR 1.129) sind die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen. Das ist darauf zurückzuführen, dass in 2001 erhebliche außerplanmäßige Abschreibungen auf Bankensoftware vorgenommen worden waren. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gingen um TEUR 163 auf TEUR 797,8 zurück.

Das Betriebsergebnis liegt somit bei einer Größe von TEUR 26.024 und damit um 104 % höher als im Vorjahr.

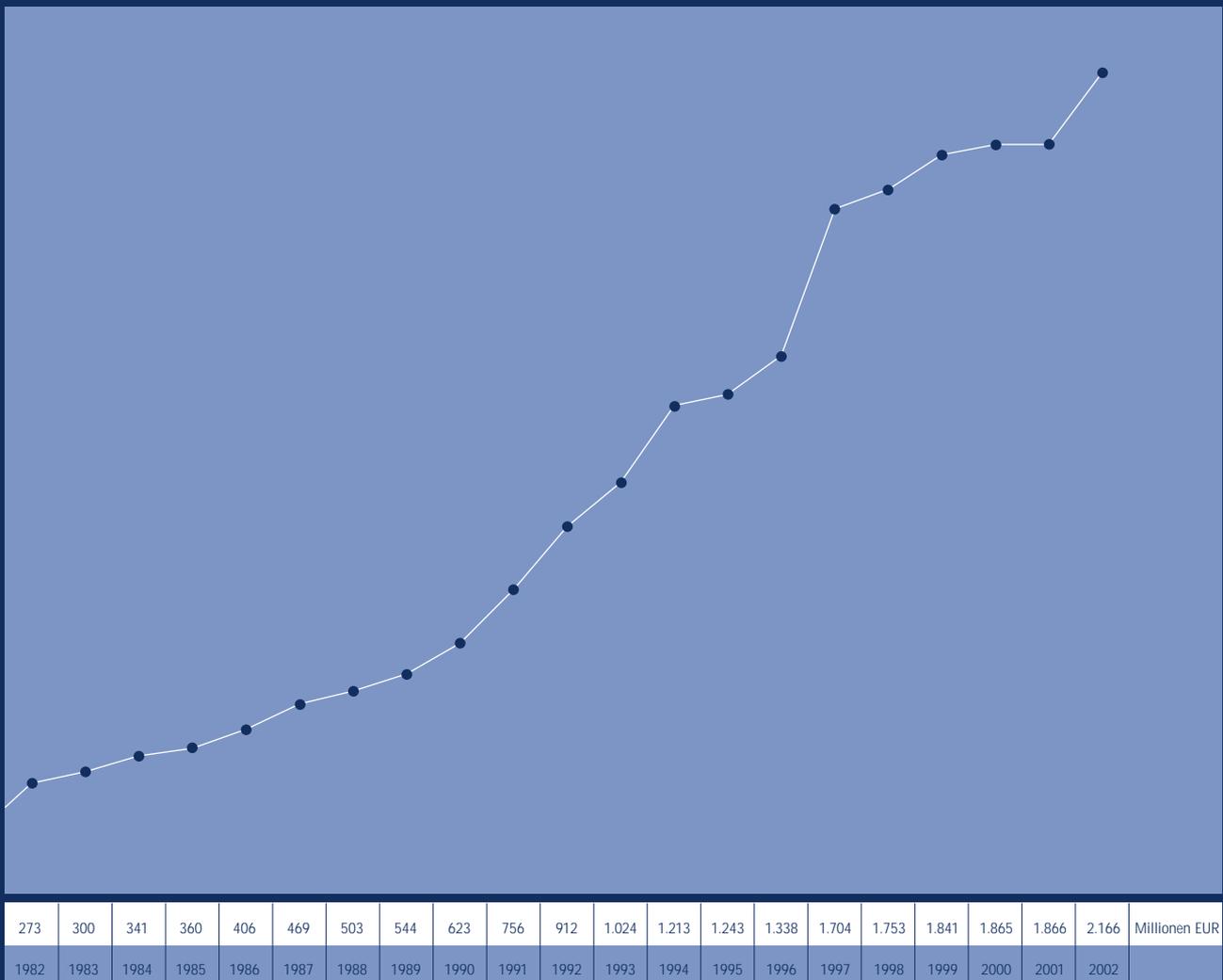
Der Abschreibungsbedarf im Wertpapiergeschäft ist etwas höher gewesen als im Vorjahr. Im Kreditgeschäft wurde erneut eine konservative Risikovorsorge getroffen. Trotz der vorsichtigen Kreditvergabepolitik der Bank muss durch die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft von relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten ausgegangen werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Branchen ist das Kreditausfallrisiko jedoch immer noch niedrig. Das Bewertungsergebnis ist um TEUR 4.749 auf TEUR -11.964 gestiegen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag erhöhten sich um TEUR 4.811 auf TEUR 7.828.

Der Jahresüberschuss hat sich mehr als verdoppelt und liegt mit TEUR 6.807 um 118 % über dem Ergebnis des Vorjahres.

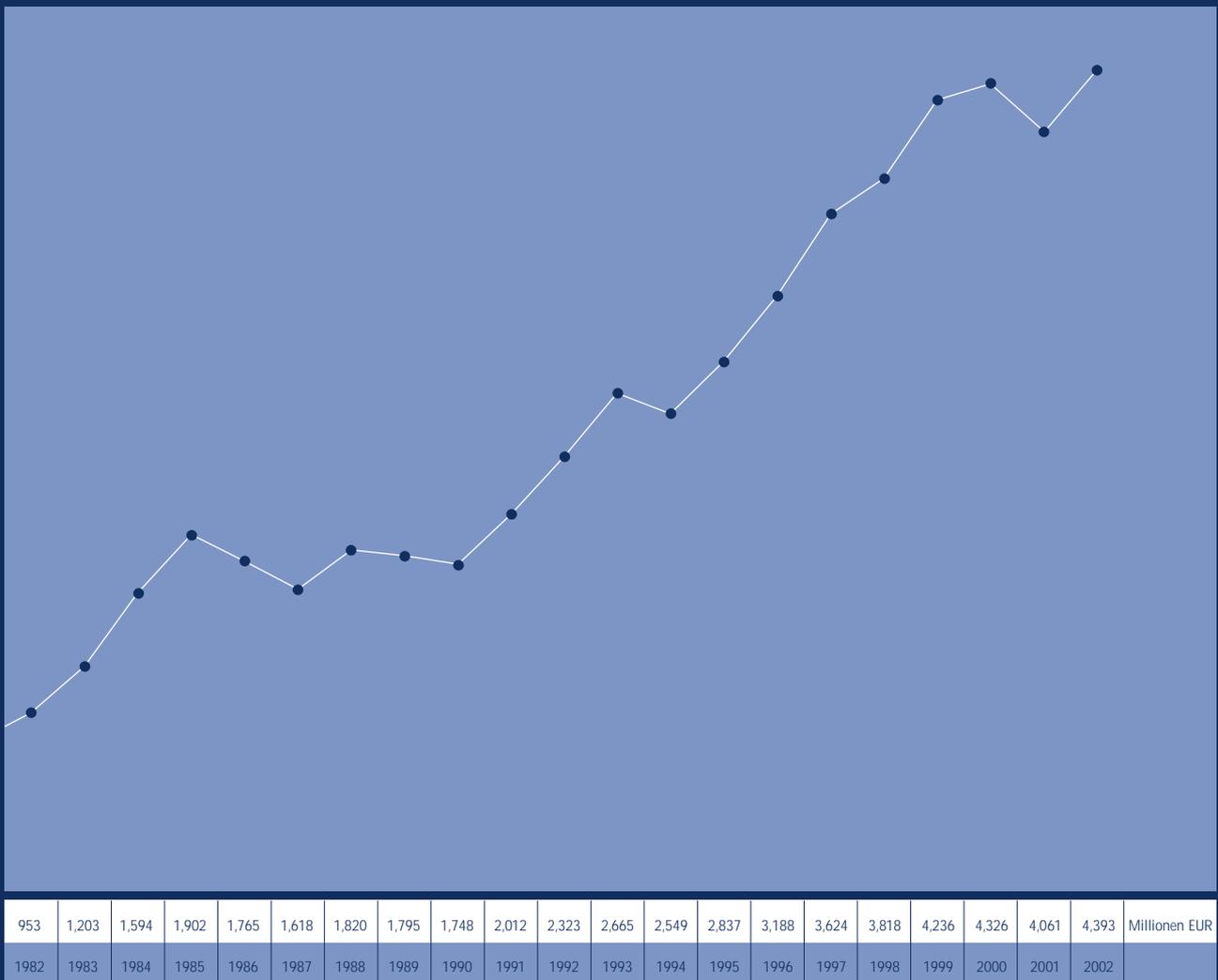
# +16,1%

DIE KUNDENEINLAGEN WURDEN AUF EUR 2.166 MIO GESTEIGERT



# 4.392.850

EURO WURDEN AN FREIGEMEINNÜTZIGE KUNDEN AUSGESCHÜTTET



### Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung EUR 4.060.818,20 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von EUR 2.739.000,00 an die Aktionäre auszuschütten. Wegen des 80-jährigen Jubiläums der Bank im Jahr 2003 soll einmalig ein Jubiläumsbonus von EUR 0,80 pro Aktie vergeben werden. Insgesamt werden damit Dividenden in Höhe von EUR 4,40 pro Stammaktie (500.000 Stück) und in Höhe von EUR 4,90 pro Vorzugsaktie (110.000 Stück) ausgeschüttet.

### Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich insbesondere in Form von Kredit- und Marktpreisrisiken.

Sowohl quantitativ (Grundsatz I) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressausfallrisiken) basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Bonitätsanalyse-systems. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtet. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozialwirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozialwirtschaft geschult und über regelmäßige interne Informationsdienste informiert. Zudem wird das Bonitätsanalysesystem der Bank für Sozialwirtschaft AG im Rahmen eines größeren Projektes derzeit zu einem Ratingsystem ausgebaut, das den Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II entspricht.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank nahezu ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Ein Handelsbuch im Sinne von § 1 Abs. 12 KWG wird nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sicher gestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Kredit- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operative Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operativen Risiken zu identifizieren

und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

#### Ausblick

Das Sozial- und Gesundheitswesen ist ein Wachstumsmarkt, der weitgehend von aktuellen konjunkturellen Entwicklungen unabhängig ist. Unter anderem die demographische Entwicklung, die Veränderungen in der Morbidität oder auch die z. B. durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit neu entstehenden sozialen Bedarfslagen tragen dazu bei, dass die Angebote und Leistungen der Kunden der Bank für Sozialwirtschaft AG in zunehmend stärkerem Maße nachgefragt werden. Auf der anderen Seite sorgen sozial- und gesundheitspolitische Entwicklungen dafür, dass die Bedeutung von Banken für die Finanzierung sozialwirtschaftlicher Einrichtungen kontinuierlich zunimmt. Der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen, die Ablösung der reinen Förderpolitik durch Ausschreibungsverfahren oder der politisch gewollte Wettbewerb der Anbieter sind hierfür nur einige Stichworte.

In dem Maße, in dem Finanzierungs- und Planungssicherheit für Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens nachlassen, wachsen die Möglichkeiten für die Bank für Sozialwirtschaft AG, mit einer kompetenten Finanzierungsberatung dazu beizutragen, die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit dieser Einrichtungen zu sichern.

Eine weiter steigende Nachfrage erwarten wir in den kommenden Jahren im Kreditgeschäft, vor allem im Bereich der langfristigen Kredite. Schon heute ist u.a. im Krankenhaussektor und in der stationären Alten- und Behindertenhilfe ein erheblicher Investitionsstau erkennbar. Unter anderem ergibt sich dieser aus einem wachsenden Sanierungsbedarf bestehender Immobilien. Im Vergleich zu früheren Jahren sind allerdings wegen der erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die sich aus den Veränderungen der Rahmenbedingungen ergeben, die Anforderungen an die Kreditprüfung gestiegen. Mit der Einführung von Basel II wird sich dies noch verstärken. Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist darauf bereits vorbereitet: In den letzten Jahren wurde auf der Basis des bereits vorhandenen Bonitätsanalyse-systems ein Basel II-fähiges internes Ratingsystem entwickelt, das die spezifischen Bedingungen sozialwirtschaftlicher Unternehmen berücksichtigt und das sich derzeit in der Umsetzungsphase befindet.

Potential sehen wir aber auch in einem weiteren Ausbau des Provisionsgeschäftes. Auch wenn die derzeitige Lage am Kapitalmarkt eine Akquisition neuer Kunden im Anlagegeschäft – für alle Banken – erschwert, sehen wir langfristig hier noch erhebliche Wachstumsmöglichkeiten. Ebenso gilt dies für die Nutzung der Bank für Sozialwirtschaft AG im Zahlungsverkehr, die schon bisher sehr intensiv ist. Derzeit konzentrieren wir uns in diesem Feld auf die Entwicklung innovativer Angebote speziell für die Abwicklung von Spenden über das Internet, von deren wachsender Bedeutung für das Fundraising der Zukunft wir überzeugt sind.

Für die nächsten Jahre gehen wir davon aus, dass die Volumina in allen Geschäftsfeldern der Bank weiter wachsen werden. Durch eine Optimierung unserer internen Organisation und unserer personellen Struktur, durch eine qualifizierte Fortbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl in bankfachlichen als auch in sozialwirtschaftlichen Fragestellungen und durch die kontinuierliche Neu- und Weiterentwicklung spezifisch auf unseren Kundenkreis zugeschnittener Produkte und Dienstleistungen sehen wir uns für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet.

Für das laufende Geschäftsjahr geht die Bank für Sozialwirtschaft AG vor dem Hintergrund der aktuellen Zinsentwicklungen und der internen Hochrechnungen von einer weiterhin erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin/Köln, den 31. März 2003

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt

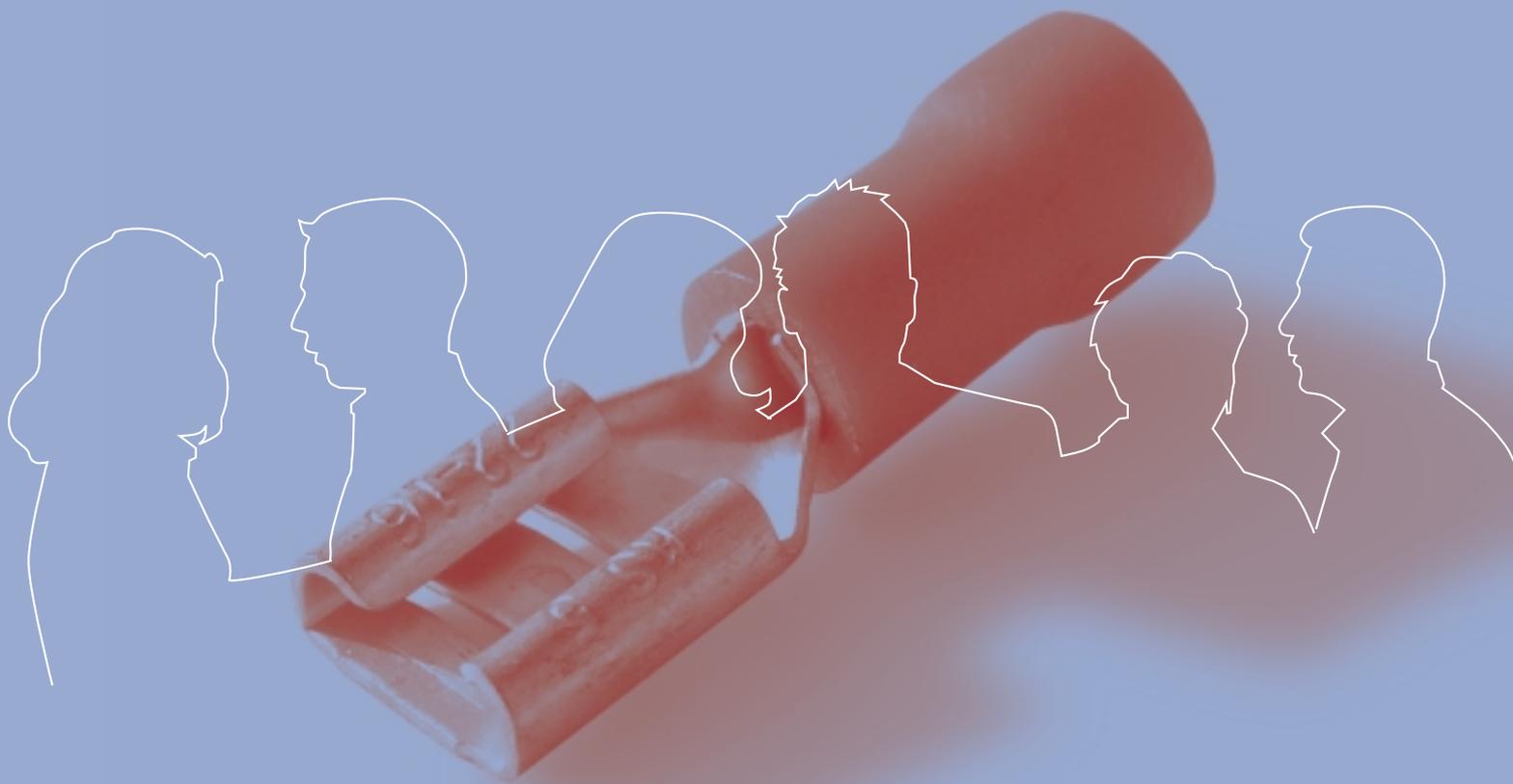
Dietmar Krüger

Nando E. Sawall



## BFS AUF EINEN BLICK

	31.12.02 Mio. EUR	31.12.01 Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	3.618,5	3.196,1	422,4	13,2
Geschäftsvolumen	3.618,5	3.196,1	422,4	13,2
Eigengeschäft	3.448,8	3.025,9	422,9	14,0
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	61,7	60,8	0,9	1,5
Forderungen an Kreditinstitute	244,7	398,2	-153,5	-38,6
Wertpapiere	1.557,5	1.293,0	264,5	20,5
Forderungen an Kunden	1.517,4	1.290,0	227,4	17,6
Treuhandkredite	169,7	170,2	-0,5	-0,3
Einlagen von Kreditinstituten	1.142,9	1.026,5	116,4	11,3
Einlagen von Kunden	2.063,9	1.751,9	312,0	17,8
- täglich fällig	990,8	853,3	137,5	16,1
- Festgelder	978,2	798,3	179,9	22,5
- davon Sparbriefe	58,7	70,1	-11,4	-16,3
- Spareinlagen	94,9	100,2	-5,3	-5,3
eigene Schuldverschreibungen	102,5	114,1	-11,6	-10,2



## ENTWICKLUNG DER TOCHTERGESELLSCHAFTEN

### BFS Service GmbH

Im Mittelpunkt der Arbeit der BFS Service GmbH stand 2002 vor allem der weitere Ausbau der Dienstleistungen zur betriebswirtschaftlichen Begleitung von Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens. Daneben profilierte sie sich weiterhin als kompetente Fortbildungsinstitution für das Sozialmanagement.

### Online-Factoring

An der Schnittstelle zu den Leistungen der Bank für Sozialwirtschaft AG liegt das Angebot des Online-Factoring. Durch die Beschaffung von Liquidität ermöglicht die BFS Service GmbH damit die kostengünstige, schnelle und sichere Vorfinanzierung von Forderungen.

Im Berichtsjahr wurde das Angebot auf zwei Ebenen ausgebaut: Zum einen wurde die Zahl der Kooperationspartner, mit deren Branchensoftware das Online-Factoring kompatibel ist, erheblich erhöht. Zum anderen wurde die Zielgruppe erweitert: Während Online-Factoring zunächst nur für ambulante Pflegedienste nutzbar war, steht es jetzt auch für stationäre Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser zur Verfügung. Im Verlauf dieses Jahres wird es darüber hinaus für Rettungsdienste angeboten werden.

### Betriebsvergleiche

Mit ihrem Angebot an Betriebsvergleichen für die stationäre und die ambulante Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen hat sich die BFS Service GmbH bereits in den vergangenen Jahren einen Namen in der Sozialwirtschaft gemacht. Die Betriebsvergleiche ermöglichen Managemententscheidungen, die auf der Basis von aussagekräftigen Kennzahlendatenbanken getroffen werden und zugleich Aspekte des Benchmarking berücksichtigen. Die Aussagekraft der Betriebsvergleiche erhöht sich

noch, wenn die Entwicklung der Datenbasis über mehrere Jahre hinweg verfolgt wird. Daher sind zahlreiche Teilnehmer schon mehrere Jahre dabei. Zunehmend nutzen sie auch die Möglichkeit zum direkten Austausch mit Kollegen, den die BFS Service GmbH im Rahmen von Benchmarkingkreisen zum Betriebsvergleich anbietet.

Im Jahr 2002 wurden der 6. Betriebsvergleich für die stationäre Altenhilfe (mit 534 Teilnehmern), der 4. Betriebsvergleich für die ambulante Altenhilfe (mit 378 Teilnehmern) und der 3. Betriebsvergleich für Werkstätten für behinderte Menschen (mit 82 Teilnehmern) durchgeführt.

#### EU-Dienstleistungen

Inzwischen im fünften Jahr betreibt die BFS Service GmbH das EU-Förderinformationssystem der Bank für Sozialwirtschaft AG (BFS-EUFIS), in dem inzwischen mehr als 5.000 Dokumente rund um die EU-Förderung und die sozialwirtschaftlich relevante EU-Politik auf der Website [www.eufis.de](http://www.eufis.de) archiviert sind. Etwa 200 Förderprogramme werden vollständig dokumentiert. Seine Position als Marktführer als Online-Anbieter in diesem Sektor konnte EUFIS im Berichtsjahr weiter behaupten.

Anfang 2002 erweiterte die BFS Service GmbH ihr Spektrum an EU-bezogenen Dienstleistungen. Die EU-Förderberatung als weiterführende Ergänzung zu EUFIS wurde als neues Produkt lanciert und erfreute sich im Jahresverlauf wachsender Nachfrage.

Erstmals wurden Inhouse-Seminare zu besonderen Europathemen, wie z. B. der Migrationspolitik der EU, durchgeführt. Damit eröffnete sich eine neue Service-Sparte, die in Zukunft weiter entwickelt werden wird. Auch als Referenten auf Seminaren und Tagungen waren Vertreter der BFS Service GmbH im Jahr 2002 verstärkt gefragt.

Ein neues Angebot mit dem Namen „EU Service“ wurde entwickelt. Mit dem „EU Service“ bietet die BFS Service GmbH sozialwirtschaftlichen Organisationen nun auch an, für sie die Funktion eines Verbindungsbüros in Brüssel wahrzunehmen. Das Angebot umfasst maßgeschneiderte individuelle Informations- und Beratungsleistungen.

WEGEN DES KOSTENDRUCKS WERDEN FORTBILDUNGEN ZU THEMEN, DIE EINEN UNMITTELBAREN NUTZEN VERSPRECHEN, WESENTLICH STÄRKER NACHGEFRAGT ALS SEMINARE ZU LANGFRISTIG ORIENTIERTEN FRAGESTELLUNGEN.

#### Seminare, Lehrgänge und Fachtagungen

Erneut bildeten im Berichtsjahr die ein- bis zweitägigen Seminare zu rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Fragestellungen des Sozialmanagements den Schwerpunkt der Fortbildungsaktivitäten der BFS Service GmbH. Das Konzept dafür blieb unverändert: Durch eine permanente seismographische Erfassung der Marktveränderungen in der Sozialwirtschaft und ihrer sozialpolitischen Rahmenbedingungen werden aktuelle Herausforderungen an das Sozialmanagement frühzeitig aufgegriffen und praxisorientiert in Seminarangebote umgesetzt. Neue Seminarthemen im Jahr 2002 waren beispielsweise „Unternehmensbewertung von sozialwirtschaftlichen Einrichtungen“, „Zuwendungsrecht“, „Aktuelle Änderungen im Arbeitsrecht“, „Auswirkungen der DRG – Chancen und Risiken im Pflegemarkt“ oder „Corporate Governance“.

Auch das Angebot an eintägigen Fachtagungen für das Management sozialwirtschaftlicher Einrichtungen wurde erweitert: Neben den bereits etablierten Themen „Die Rechtsform der Zukunft im steuerbegünstigten Sektor“ und „Strategische Erfolgsfaktoren für die Sozialwirtschaft“ wurde im Februar 2002 erstmals eine Tagung zum Thema „Franchising und Markenstrategien für soziale Dienstleistungen“ durchgeführt. Aufgrund der sehr positiven Resonanz fand sie im Oktober ein zweites Mal statt. Für den November 2003 steht sie erneut auf dem Tagungsprogramm.

Bereits im dritten Jahr wurde 2002 der einwöchige Intensivlehrgang zum NPO-Management durchgeführt, den die BFS Service GmbH nach wie vor als einziger Anbieter in Deutschland in Kooperation mit dem Verbandsmanagement-Institut der Universität Freiburg/Schweiz veranstaltet. Der nächste Lehrgang ist für November 2003 geplant.

Insgesamt verzeichnete die BFS Service GmbH in Jahr 2002 erneut eine weiter steigende Nachfrage nach Qualifizierungsangeboten. Dabei ist durch den starken Kostendruck in den Einrichtungen nach wie vor der Trend zu „hard facts“-Themen und Seminaren, die einen sehr unmittelbaren Nutzen bringen, weitaus stärker ausgeprägt als zu „soft facts“-Angeboten und langfristig orientierten Fragestellungen. Wir gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung im laufenden Jahr fortsetzen wird.

#### IS Immobilien-Service GmbH

Die Rahmenbedingungen für geschlossene Immobilienfonds haben sich im Berichtsjahr weiter verschlechtert. Der Wegfall steuerlicher Anreize, die allgemeine Verunsicherung der Verbraucher, gepaart mit ungewissen wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven, führten zu einem generell stark rückläufigen Marktanteil von geschlossenen Immobilienfonds, die in deutsche Immobilien investieren. Lediglich Immobilienfonds, die im europäischen Ausland und in den USA Immobilien in bevorzugten Lagen anboten, hatten Platzierungschancen.

Durch diese Entwicklungen und durch den Wandel vom Steuersparmodell zum Rendite-orientierten Fonds gestaltet sich auch die Akquisition von Sozialimmobilien, die sich für einen geschlossenen Immobilienfonds eignen, zunehmend schwieriger. Das liegt zum einen an einer allgemeinen Konsolidierung des Sozialmarktes, zum anderen daran, dass die bei Auslandsimmobilien erwarteten Renditen in zweistelliger Prozenzhöhe von Sozialimmobilienfonds nur unwesentlich unterschritten werden sollten. Im Berichtsjahr wurde daher kein neuer Immobilienfonds aufgelegt.

Durch die enge Anbindung an die Bank für Sozialwirtschaft AG lag ein Schwerpunkt der Arbeit der IS Immobilien-Service GmbH im vergangenen Jahr erneut in der Begleitung von Kunden mit umfangreichen Finanzierungsvorhaben – auch vor dem Hintergrund immer restriktiverer Kreditvergabepraktiken im Bankenmarkt. Hier konnten die gewünschten Finanzierungserfolge verbucht werden.

Als weiteres Betätigungsfeld wurde im Berichtsjahr die Betreiber Auswahl für Anschlussbewirtschaftungen und die Eigentums-umwidmung, verbunden mit der Generierung von gebundenem Eigenkapital für den laufenden Geschäftsbetrieb, ausgebaut.

In Zukunft sollen verstärkt Leistungen in Kooperation mit externen Sachverständigen, Architekten und Projektmanagern angeboten werden, die das Ziel haben, langfristig marktgerechte Sozialimmobilien mit refinanzierbaren Mietansätzen zu erhalten.

## INTERN

### Erfolgsbeteiligung freigemeinnütziger Kunden

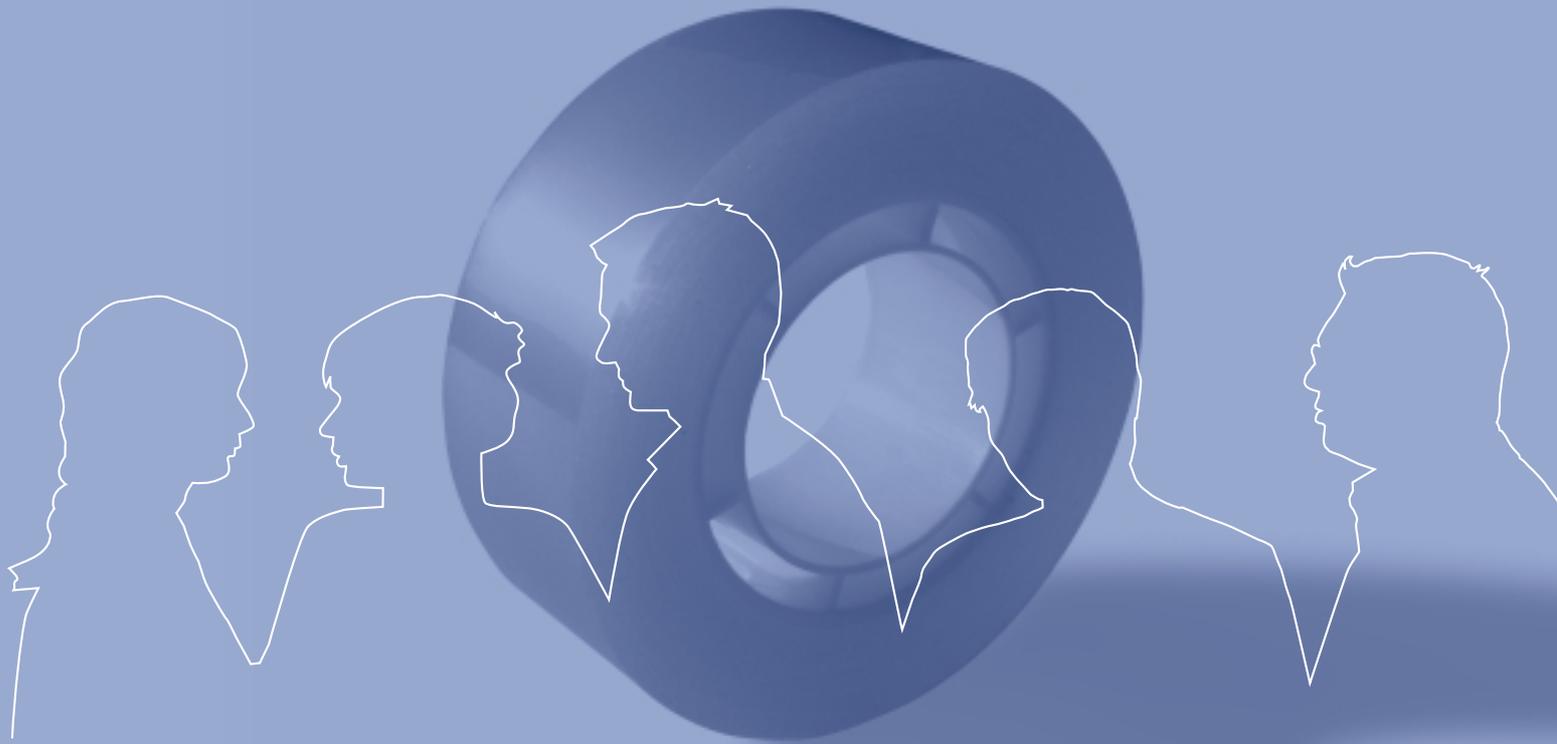
Über die positive Geschäftsentwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr konnten sich erneut nicht nur die Aktionäre der Bank, sondern auch ihre freigemeinnützigen Kunden freuen: Sie wurden in Form der seit 1972 jährlich ausgeschütteten BFS-Erfolgsbeteiligung für das Jahr 2002 mit einem Gesamtbetrag von EUR 4,39 Mio. am Erfolg der Bank beteiligt.

Insgesamt konnten damit in den vergangenen 30 Jahren rund EUR 59 Mio. in Form der individuellen, kundenbezogenen Erfolgsbeteiligung an Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege ausgeschüttet werden.

### 3. Klausurtagung des Zentralbeirates

Unter dem Titel „Strategische Optionen für die Freie Wohlfahrtspflege“ wurde im April 2002 in Berlin die dritte sozialwirtschaftlich ausgerichtete Klausurtagung des Aufsichtsrates und des Zentralbeirates der Bank für Sozialwirtschaft AG durchgeführt. Schwerpunkt des ersten Teils der Tagung war die Frage nach den Konsequenzen von Basel II für die Sozialwirtschaft, die aus Sicht der Bank, aber auch im Hinblick auf mögliche Strategien gemeinnütziger Organisationen betrachtet wurde. Im Mittelpunkt des zweiten Teils standen gesellschaftsrechtliche und finanzstrategische Möglichkeiten für die Freie Wohlfahrtspflege der Zukunft.

Wie schon in den Vorjahren konnten sowohl die Bank als auch die Mitglieder ihrer Gremien aus den fachlichen Beiträgen und den intensiven Diskussionen während der Klausurtagung einen unmittelbaren Nutzen für ihre Arbeit ziehen.



#### Konsequenzen von Basel II für die Sozialwirtschaft

Durch zahlreiche Vorträge in den Geschäftsstellen der Bank, in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und auf Kongressen, sowie durch Veröffentlichungen in der Fachpresse der Sozialwirtschaft und durch eine von der Bank herausgegebene Broschüre konnte sich die Bank für Sozialwirtschaft AG im Jahr 2002 in ihrer Branche als kompetenter Partner für die Frage nach den Konsequenzen von Basel II für die Sozialwirtschaft profilieren.

Dazu trug insbesondere die Unterstützung der Bank bei der Lobbyarbeit der Freien Wohlfahrtspflege bei, die eine gerechte Bewertung sozialwirtschaftlicher Einrichtungen in den Regelungen von Basel II zum Ziel hatte.

#### Spendenadresse nach Flutkatastrophe

Nie war die Bank für Sozialwirtschaft AG so häufig in den Medien präsent wie nach der Flutkatastrophe im Sommer 2002: Die meisten großen Hilfsorganisationen hatten ihr zentrales Spendenkonto bei der BFS eingerichtet. Damit wurde das langjährige Engagement der Bank belohnt, sich durch professionelle Dienstleistungen und innovative technische Instrumente als erste Adresse für Spendenorganisationen zu profilieren.

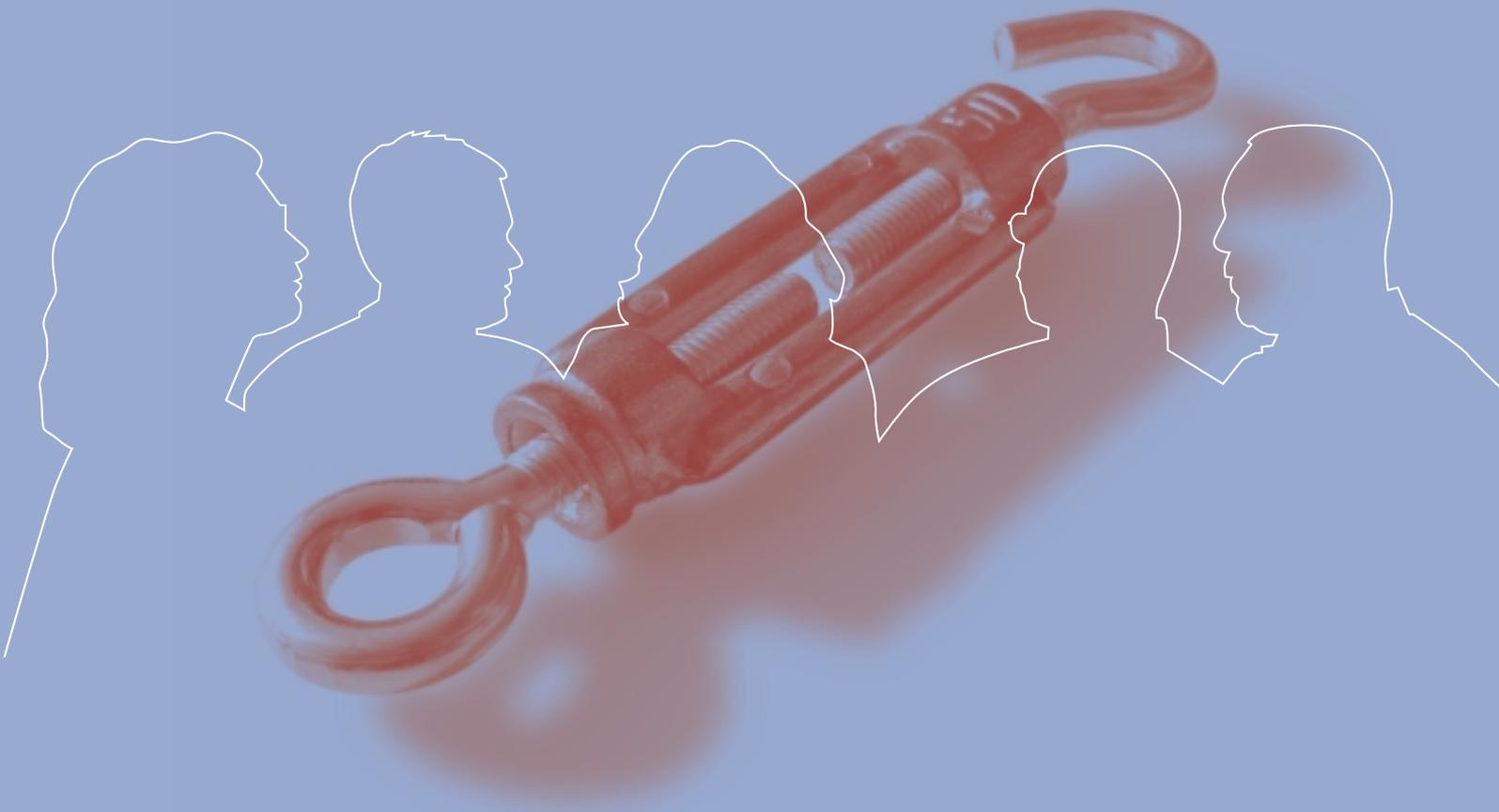
Im Berichtsjahr wurden vor allem die Instrumente für das Internet-Fundraising erweitert: Mit Hilfe des E-Mail-Managementsystems BFS-Xtra können Spendenorganisationen komplette Fundraising-Kampagnen per E-Mail durchführen. Das Internet-Tool der Bank, das 2002 in einer erweiterten Version angeboten wurde, ermöglicht es, die Daten von Online-Spendern ohne manuellen Aufwand in Zahlungsvorgänge umzuwandeln. Im Hinblick darauf, dass das Internet-Fundraising für soziale Organisationen künftig noch erheblich an Bedeutung gewinnen wird, wird bereits im Frühjahr 2003 ein weiteres Instrument der Bank vorgestellt, das die Akquisition von Spenden über das Internet erleichtern wird.

#### Nando E. Sawall zum dritten Vorstand bestellt

Zum 1. Oktober 2002 wurde Dipl.-Kfm. Nando E. Sawall (MBA) zum dritten Vorstand der Bank für Sozialwirtschaft AG bestellt. Seine Tätigkeit bei der BFS begann der 38-jährige am 1. Februar 2001 als Generalbevollmächtigter, verantwortlich für den Geschäftsbereich Treasury. Zuvor war er unter anderem stellvertretender Direktor der Abteilung Geld-, Devisen- und Wertpapiergeschäft bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank und Leiter der Abteilung Group Treasury Services des Asea Brown Boveri Konzerns (ABB). Als Vorstand der Bank für Sozialwirtschaft AG verantwortet Nando E. Sawall die Geschäftsbereiche Informationstechnologie und Treasury.

#### Repräsentanz in Hamburg eröffnet

Ebenfalls zum 1. Oktober 2002 eröffnete die Bank für Sozialwirtschaft AG eine Repräsentanz in Hamburg. Die zahlreichen Kunden der Bank in der Region Hamburg haben damit jetzt die Möglichkeit, ihre Geschäfte direkt vor Ort abwickeln zu können. Zugleich werden durch die räumliche Nähe die Möglichkeiten zur Neukundenakquisition erheblich verbessert. Mit der Eröffnung dieser Repräsentanz agiert die Bank für Sozialwirtschaft AG gegen den Bankentrend: Während andere Banken Filialen schließen, erweitert die BFS ihr Netz.



Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen.

Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Mit der Hauptversammlung der Bank für Sozialwirtschaft AG am 17. Juli 2002 hat der Vorsitz im Aufsichtsrat turnusgemäß gewechselt: Neuer Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Rüdiger Schmidtchen, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes e.V., Gesamtverband, Frankfurt. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist Herr Dr. Robert Batkiewicz, Finanzdirektor des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg. Der Aufsichtsrat bedankt sich bei dem vorherigen Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., für seine engagierte Arbeit.

Der Jahresabschluss 2002 wurde von der Ernst & Young Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Eschborn/Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2002. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, 20. Mai 2003

Der Aufsichtsrat

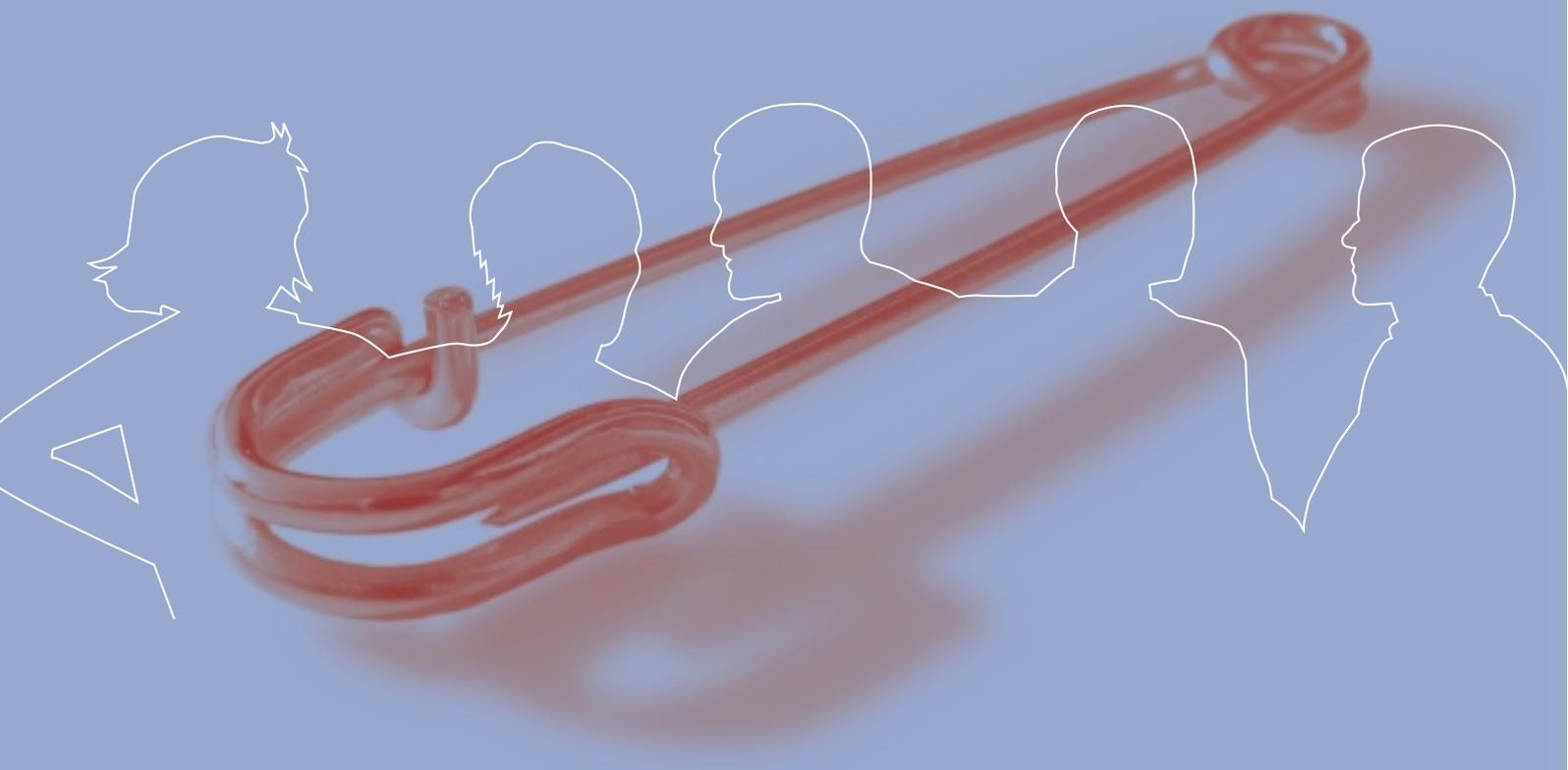




Jahresbilanz zum 31. Dezember 2002 der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin/Köln

Aktivseite	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
<b>1. Barreserve</b>			
a) Kassenbestand	702.820,93		15
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	<u>40.946.922,14</u>	41.649.743,07	1.389
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	Euro 40.946.922,14		( - )
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen	--		-
darunter:			
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	Euro --		( - )
b) Wechsel	0,00	0,00	0
darunter:			
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	Euro --		( - )
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>			
a) täglich fällig	239.253,35		332
b) andere Forderungen	<u>244.483.526,08</u>	244.722.779,43	397.894
<b>4. Forderungen an Kunden</b>		1.517.393.467,07	1.290.016
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	Euro 377.759.673,46		(351.001)
Kommunalkredite	Euro 358.540.405,57		(225.423)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	--		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	Euro --		( - )
ab) von anderen Emittenten	--		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	Euro --		( - )
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	155.497.841,61		35.032
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	Euro 155.497.841,61		(35.032)
bb) von anderen Emittenten	1.236.244.148,28		1.096.076
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	Euro 1.203.512.593,14		(1.068.774)
c) eigene Schuldverschreibungen	<u>14.109.682,53</u>	1.405.851.672,42	12.694
Nennbetrag	Euro 14.109.682,53		( - )
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>		151.599.255,90	149.164
<b>7. Beteiligungen</b>		762.878,74	512
darunter: an Kreditinstituten	Euro 511.291,88		(511)
an Finanzdienstleistungsinstituten	Euro --		( - )
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>		51.129,19	51
darunter: an Kreditinstituten	Euro --		( - )
an Finanzdienstleistungsinstituten	Euro --		( - )
<b>9. Treuhandvermögen</b>		169.678.492,25	170.220
darunter: Treuhandkredite	Euro 169.678.492,25		(170.220)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>		--	-
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>		317.150,00	673
<b>12. Sachanlagen</b>		31.294.409,14	32.051
<b>13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital</b>		--	-
darunter: eingefordert	Euro --		( - )
<b>14. Eigene Aktien oder Anteile</b>		--	-
Nennbetrag	Euro --		( - )
<b>15. Sonstige Vermögensgegenstände</b>		53.552.459,42	8.499
<b>16. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		1.665.294,21	1.448
<b>17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>		--	-
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>3.618.538.730,84</b>	<b>3.196.066</b>

Passivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		17.546.171,19		40.030
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.125.380.299,94</u>	1.142.926.471,13	986.497
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	72.785.229,17			70.300
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>22.093.415,77</u>	94.878.644,94		29.899
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	990.878.715,39			853.381
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>978.181.979,62</u>	<u>1.969.060.695,01</u>	2.063.939.339,95	798.330
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen		102.459.024,04		114.122
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-,-</u>	102.459.024,04	-
darunter:				
- Geldmarktpapiere	Euro	-,-,-		( - )
- eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Euro	-,-,-		( - )
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			169.678.492,25	170.220
darunter: Treuhandkredite	Euro	169.678.492,25		(170.220)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			2.447.740,23	3.047
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			3.426.689,94	3.364
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		4.727.065,00		4.465
b) Steuerrückstellungen		4.631.438,00		-
c) andere Rückstellungen		<u>4.235.871,53</u>	13.594.374,53	2.895
<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			574.888,00	1.150
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			32.885.469,13	35.586
<b>10. Genusrechtskapital</b>			12.947.607,91	13.728
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	Euro	-,-,-		(4.781)
<b>11a. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			5.112.918,81	5.113
<b>11b. Sonderposten aus Währungsumrechnung</b>			-,-,-	-
<b>12. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		31.720.000,00		31.720
b) Kapitalrücklage		26.373.228,44		26.373
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage		-,-,-		-
cb) Rücklage für eigene Anteile		-,-,-		-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-,-		-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>3.639.181,80</u>	3.639.181,80	2.719
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		<u>6.813.304,68</u>	68.545.714,92	3.127
<b>Summe der Passiva</b>			3.618.538.730,84	3.196.066
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>		Euro	Euro	Vorjahr TEUR
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen		33.355.825,80		28.275
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-,-</u>	33.355.825,80	-
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>109.584.841,00</u>	109.584.841,00	48.111





Gewinn- und Verlustrechnung der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin/Köln  
für die Zeit vom 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2002

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	93.535.775,76			92.541
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>51.029.288,23</u>			<u>44.526</u>
		144.565.063,99		<u>137.067</u>
<b>2. Zinsaufwendungen</b>				
		<u>99.986.768,23</u>	44.578.295,76	<u>105.495</u>
				<u>31.572</u>
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.852.649,50		4.116
b) Beteiligungen		41,18		-
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-,-,-	4.852.690,68	-
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			4.079,90	1
<b>5. Provisionserträge</b>		4.537.694,14		4.467
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		<u>683.234,55</u>	3.854.459,59	626
<b>7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften Nettoaufwand aus Finanzgeschäften</b>			-,-,-	14
			114.153,56	-
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			2.447.417,01	2.594
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			574.887,29	575
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	12.004.492,40			11.399
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>3.707.114,87</u>	15.711.607,27		3.239
darunter: für Altersversorgung Euro 1.892.281,49				(1.491)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>10.152.257,89</u>	25.863.865,16	9.593
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			2.890.147,23	4.019
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			797.801,11	961
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		11.964.028,23		7.215
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			-,-,-	-
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>				-
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapieren</b>			-,-,-	-
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			-,-,-	-
<b>18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			-,-,-	-
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			14.681.834,94	6.287

20. Außerordentliche Erträge	-,-,-			
21. Außerordentliche Aufwendungen	-			
22. Außerordentliches Ergebnis	-,-,-			
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7.828.204,67			3.017
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	47.012,27	7.875.216,94		151
25. Erträge aus Verlustübernahme	-,-,-			-
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-,-,-			-
27. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-,-,-			-
28. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-,-,-			-
29. Jahresüberschuss	6.806.618,00			3.119
30. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	927.012,04			713
	7.733.630,04			3.832
31. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-,-,-			-
	7.733.630,04			3.832
32. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,-,-			-
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	-,-,-			-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,-,-			-
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-,-,-			-
	7.733.630,04			3.832
33. Entnahmen aus Genussrechtskapital	-,-,-			-
	7.733.630,04			3.832
34. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage	-,-,-			-
b) in die Rücklage für eigene Anteile	-,-,-			-
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,-,-			-
d) in andere Gewinnrücklagen	920.325,36	920.325,36		705
	6.813.304,68			3.127
35. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-,-,-			-
36. Bilanzgewinn	6.813.304,68			3.127

56 ANHANG 2002  
DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG  
BERLIN/KÖLN

- 57 A. Allgemeine Angaben
- 57 B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 59 C. Entwicklung des Anlagevermögens 2002
- 60 D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung
- 67 E. Sonstige Angaben

## A. Allgemeine Angaben

Die gesetzlich geforderten Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang erläutert.

## B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Dabei werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden Sonderabschreibungen und außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Teilwert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus dem Handelsbestand und der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere sind zu den Anschaffungskosten bewertet. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsruckstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in steuerlich zulässiger Höhe eingestellt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte bzw. zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäftes.

## C. Entwicklung des Anlagevermögens 2002 (volle EUR)

a) Sachanlagen / Immaterielle Anlagewerte	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Summe a
in EUR				
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	1.322.415	43.043.797	12.848.493	57.214.705
Zugänge	125.775	178.849	1.570.412	1.875.036
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-337.197	-	337.197	-
Abgänge	2.878	-	654.492	657.370
Abschreibungen kumuliert	790.965	17.322.552	8.707.295	26.820.812
Buchwerte am Bilanzstichtag	317.150	25.900.094	5.394.315	31.611.559
Abschreibungen Geschäftsjahr	366.767	990.231	1.533.149	2.890.147

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit EUR 49.650 enthalten.

b) Finanzanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Summe b
in EUR				
Anschaffungskosten einschließlich Veränderungen (saldiert)	183.546.160	762.879	51.129	184.360.168
Buchwerte am Bilanzstichtag	183.546.160	762.879	51.129	184.360.168

Anschaffungs- und Herstellungskosten	- Summe a und b -	241.574.873
Buchwerte am Bilanzstichtag	- Summe a und b -	215.971.727

## D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

## I Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende **Restlaufzeiten**:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	129.672.257	96.829.754	17.981.515	0
Forderungen an Kunden (A 4)	324.725.744	94.290.395	189.069.179	792.921.844

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind EUR 116.386.305 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Anleihen und Schuldverschreibungen** sind im Folgejahr fällig:

in EUR	
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	0
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	221.847.558

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder **Beteiligungsunternehmen** sind:

in EUR	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kunden (A 4)	915.551	1.257.741	28.534.494	7.710.626

Daneben bestanden im Treuhandgeschäft Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von EUR 6.618.549 (Vorjahr: EUR 5.697.562).

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
in EUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.405.851.672	1.376.680.574	29.171.098	99.848.034
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	2.256.240	-	-	-
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	-

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren

In den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

- Besitz von Kapitalanteilen in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	TEUR	Jahr
<b>Direkt</b>					
- BFS BETRIEBS- UND FINANZWIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH, Köln	100,0	2002	51	2002	-
<b>Indirekt</b>					
- L.O.G. Lotterie-Organisationsges. mbH, Düsseldorf	100,0	2001	-901	2001	-18
- IS IMMOBILIEN-SERVICE GMBH, Köln	100,0	2002	1.810	2002	494

Der Gewinn 2002 der BFS BETRIEBS- UND FINANZWIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH in Höhe von EUR 4.080 wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Die drei Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

Eine weitere Beteiligung besteht an der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln, in Höhe von TEUR 518 (Anschaffungskosten TEUR 511). Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TEUR 7.560 entspricht dies einem Anteil von 6,85 %.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandkredite und -verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

in EUR	
Forderungen an Kunden	169.678.492
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	233.234
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	169.445.258

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von EUR 169.445.258 ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen EUR 233.234

- Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

in EUR	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	25.292.233
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.394.315

- Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine	51.831.677
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	419.144
Materialbestände	157.504
Genossenschaftsanteile	587.300
davon Kreditinstitute	551.000
Steuerforderungen	42.447

- Im Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 366.818 (Vorjahr EUR 319.789) enthalten.

Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzwapgeschäft in Höhe von EUR 761.162 (Vorjahr EUR 827.350).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	406.339.983	96.220.430	90.042.325	532.777.562
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2ab)	908.680	17.379.095	3.805.641	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	899.210.486	24.602.920	45.371.485	8.997.088

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr EUR 31.772.779 fällig.
- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von EUR 1.382.526.757 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von EUR 982.226.592.
- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	28.268
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	565.934
Zinsanteile für Genussrechte	776.208
Verbindlichkeiten Sicherheitseinbehalt Bauvorhaben	102.784
Steuerverbindlichkeiten	425.929

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von EUR 3.084.808 (Vorjahr EUR 2.462.629) enthalten.
- Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde in 1999 gemäß § 52 Abs. 16 EStG gebildet.
- Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten)

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 2.149.283 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, liegen nicht vor.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

- Das Genusssrechtskapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

Emission 1994:	Nennbetrag	EUR 3.323.397
Emission 1997:	Nennbetrag	EUR 5.624.211
Emission 2002:	Nennbetrag	EUR 4.000.000

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeit gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	253.903	310.764
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	1.402.416	1.510.336	172.748.427	63.029.717

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank

sind die folgenden **Eventualverbindlichkeiten** (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung  
(Art und Betrag): Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen EUR 29.681.323

sind die folgenden **„Anderen Verpflichtungen“** (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung  
(Art und Betrag): Unwiderrufliche Kreditzusagen EUR 109.584.841

## II Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in EUR	
Verwaltungs- / Treuhandkredite	1.262.594
Wertpapiergeschäft	1.784.160

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten (Art und Betrag):

sonstige betriebliche Erträge in EUR		sonstige betriebliche Aufwendungen in EUR	
Auflösung sonstige Rückstellungen	212.302	Zuführung sonstige Rückstellungen	557.121
Miet- und Pächterträge	983.387	Aufwendungen für Betriebsveranstaltungen	52.164
Schadenersatz	870.000	Aufwendungen für Messestand	65.645

- Steuerrechtliche Sonderabschreibungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von EUR 75.954 vorgenommen (Vorjahr EUR 75.726). Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine erheblichen Belastungen.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

## E. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

	Nominalbetrag	Restlaufzeit
Payer-Swap-Geschäft	TEUR 52.556	über 1 bis 5 Jahre
Payer-Swap-Geschäft	TEUR 53.598	mehr als 5 Jahre

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Achtfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 %) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2002 maximal EUR 3.674.503 betragen.  
Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2002 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2002 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Barwertes von EUR 2.061.625.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in EUR	
Mitglieder des Vorstandes	1.297.745
Mitglieder des Aufsichtsrates	202.817
Mitglieder des Beirates	75.069

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von EUR 4,3 Mio. aus langfristigen Mietverträgen.
- Die Zahl der 2002 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter		
Prokuristen	4	-
Handlungsbevollmächtigte	7	-
Angestellte	184	26
	195	26
Gewerbliche Mitarbeiter		
	-	18
	195	44

Außerdem wurden durchschnittlich 5 Auszubildende beschäftigt.

- Im Geschäftsjahr blieb das gezeichnete Kapital von EUR 31,72 Mio. unverändert.
- Das Grundkapital ist eingeteilt in 610.000 vinkulierte Namensaktien; diese teilen sich auf in 500.000 Stammaktien und 110.000 Vorzugsaktien. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.7.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von EUR 52 je Aktie ab.
- Zum Bilanzstichtag besteht ein genehmigtes Kapital von EUR 15,86 Mio. Der Vorstand ist ermächtigt, bis 25. Juli 2006 diese Kapitalerhöhung durch einmalige oder mehrmalige Emission neuer Aktien durchzuführen.

- Entwicklung der Rücklagen:

in EUR	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage
Stand per 01.01.2002	26.373.228,45	2.718.856,44
Zugang 2002	0,00	
- Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2001		920.325,36
Abgang 2002	0,00	
Stand per 31.12.2002	26.373.228,45	3.639.181,80

**Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft:**

Ernst & Young  
Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Mergenthalerallee 10-12  
65760 Eschborn/Frankfurt/M.

**Mitglieder des Vorstandes**

Prof.Dr.Dr. Rudolf Hammerschmidt, Bankkaufmann  
Dietmar Krüger, Bankkaufmann  
Nando E. Sawall, Bankkaufmann

**Mitglieder des Aufsichtsrates**

Rüdiger Schmidtchen, Vorsitzender, stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes e. V.,  
Gesamtverband  
Dr. Robert Batkiewicz, stv. Vorsitzender, Finanzdirektor des Deutschen Caritasverbandes e. V.  
Rainer Brückers, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.  
Jürgen Gohde, Präsident des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche in Deutschland e. V.  
Johann-Wilhelm Römer, Generalsekretär a. D. des Deutschen Roten Kreuzes e. V.  
Josef Schmitz-Elsen, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes e. V. a. D.  
Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche in Deutschland e. V.  
Dr. Ernst Thiemann, Bankkaufmann i. R.  
Michael Warman, stv. Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Berlin und Köln, 10. März 2003

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt

Krüger

Sawall

### Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, zum 31. Dezember 2002 und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2002 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB in Verbindung mit § 340k HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

&gt;&gt;

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar."

Ernst & Young Revisions-  
und Treuhandgesellschaft mbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Fluck                      Griess  
Wirtschaftsprüfer    Wirtschaftsprüfer

Eschborn, den 4. April 2003

#### Geschäftsstellen

10178 Berlin, Oranienburger Str. 13/14, Telefon 030.28402-0, Telefax 030.28402-367, [bfsberlin@sozialbank.de](mailto:bfsberlin@sozialbank.de)  
01099 Dresden, Louis-Braille-Str. 8, Telefon 0351.89939-0, Telefax 0351.89939-585, [bfsdresden@sozialbank.de](mailto:bfsdresden@sozialbank.de)  
45127 Essen, Kennedyplatz 6, Telefon 0201.24580-0, Telefax 0201.24580-644, [bfsessen@sozialbank.de](mailto:bfsessen@sozialbank.de)  
30177 Hannover, Podbielskistraße 166, Telefon 0511.34023-0, Telefax 0511.34023-523, [bfs hannover@sozialbank.de](mailto:bfs hannover@sozialbank.de)  
76135 Karlsruhe, Steinhäuserstraße 20, Telefon 0721.98134-0, Telefax 0721.98134-688, [bfskarlsruhe@sozialbank.de](mailto:bfskarlsruhe@sozialbank.de)  
50668 Köln, Wörthstraße 15-17, Telefon 0221.97356-0, Telefax 0221.97356-177, [bfskoeln@sozialbank.de](mailto:bfskoeln@sozialbank.de)  
04109 Leipzig, Zimmerstraße 3, Telefon 0341.98286-0, Telefax 0341.98286-543, [bfsleipzig@sozialbank.de](mailto:bfsleipzig@sozialbank.de)  
39104 Magdeburg, Fürstenwall 3, Telefon 0391.59416-0, Telefax 0391.59416-539, [bfsmagdeburg@sozialbank.de](mailto:bfsmagdeburg@sozialbank.de)  
55116 Mainz, Fort-Malakoff-Park, Rheinstraße 4 G, Telefon 06131.20490-0, Telefax 06131.20490-669, [bfsmainz@sozialbank.de](mailto:bfsmainz@sozialbank.de)  
81679 München, Richard-Strauss-Straße 71, Telefon 089.982933-0, Telefax 089.982933-629, [bfsmuenchen@sozialbank.de](mailto:bfsmuenchen@sozialbank.de)

#### Repräsentanzen

99084 Erfurt, Pfeiffersgasse 13, Telefon 0361.55517-0, Telefax 0361.55517-20, [bfserfurt@sozialbank.de](mailto:bfserfurt@sozialbank.de)  
22089 Hamburg, Wandsbeker Chaussee 8, Telefon 040.253326-6, Telefax 040.253326-80, [bfs hamburg@sozialbank.de](mailto:bfs hamburg@sozialbank.de)  
70173 Stuttgart, Königstraße 80, Telefon 0711.62902-0, Telefax 0711.62902-40, [bfsstuttgart@sozialbank.de](mailto:bfsstuttgart@sozialbank.de)

#### Europa-Büro der BFS

B-1040 Brüssel, Rue de Pascale 4-6, Telefon 00 32.2280277-6, Telefax 00 32.2280277-8, [redaktion@sozialbank.de](mailto:redaktion@sozialbank.de)





